



Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen

NATIONALE
STADTENTWICKLUNGS
POLITIK

stadt:pilot



Gemeinsam
bewegen

MAGAZIN zur Nationalen
Stadtentwicklungspolitik

24

Dezember 2023

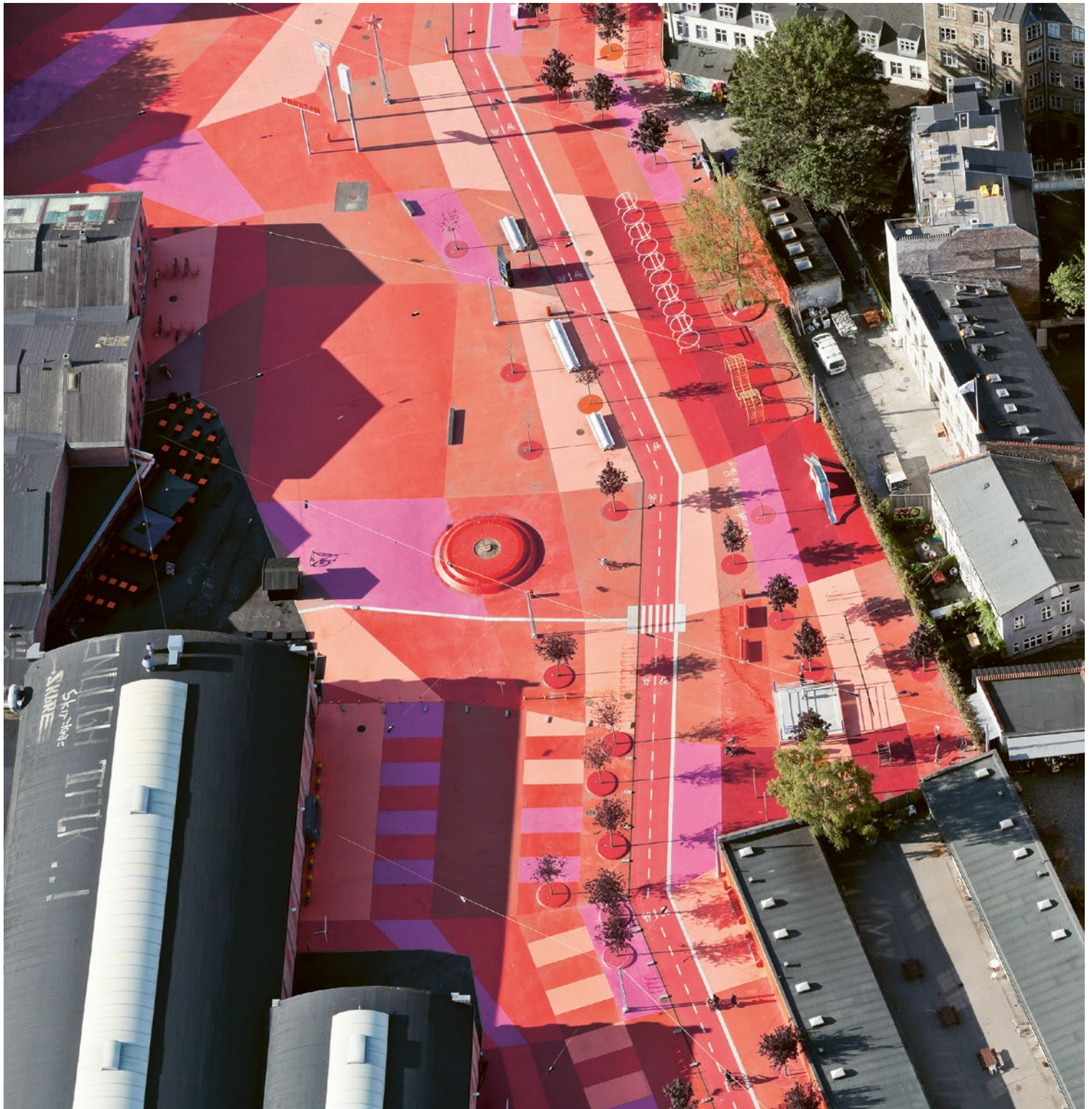
Was wir tun können, damit
Gerechtigkeit und Vielfalt gelingen

B

ezahlbare Wohnun-
gen, erschwingliche
Mobilität, konsum-

freier öffentlicher Raum, Teilhabe an Entscheidungen für alle Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner: All dies sind Kriterien für die gerechte Stadt als eines der zentralen Anliegen von Stadtentwicklung. Auch die Förderung ökonomischen Wachstums und Umweltschutz gehören dazu – was sich in der Realität leider oft widerspricht. Und da gibt es noch mehr Gegensätze, zwischen denen das Ziel einer lebenswerten Stadt für alle zerrieben werden kann, etwa Quartiersaufwertung gegen preiswerten Wohnraum oder Großsanierung statt kleinteiliger Reparatur. Wie schaffen wir es nun – angesichts der vielen unterschiedlichen Anforderungen, Bedürfnisse und Fähigkeiten jedes und jeder Einzelnen –, gute Zugänge zur Stadt zu schaffen? Das ist keine Frage von Gleichheit, sondern von Gleichberechtigung, unabhängig von Lebensstil und Alter, Einkommen und sozialem Status, kultureller und ethnischer Herkunft, Geschlecht und körperlicher Konstitution. Welche neuen Regeln des Zusammenlebens, welche Infrastrukturen werden dafür gebraucht? Zu diesen Debatten möchte die Nationale Stadtentwicklungspolitik mit dem Fokusthema #StadtDerVielfalt und diesem Heft einen Beitrag leisten.

04	» STADTPLANUNG MUSS SINNLICHER WERDEN « Das fordert der <u>Humangeograph</u> Jürgen Hasse im Interview
07	UNTERSCHIEDLICHKEIT ALS CHANCE Ein Beitrag von Bundesministerin <u>Klara Geywitz</u>
08	FÜR ALLE EIN STÜCK VOM BLOCK Eine Leipziger Initiative möchte den Straßenraum <u>gerechter</u> verteilen
12	EIN DACH ÜBERM KOPF Der neue Aktionsplan des Bundes gegen <u>Wohnungslosigkeit</u>
14	MÖRTEL DER GESELLSCHAFT Städtebauförderung und <u>sozialer</u> <u>Wohnungsbau</u> in Heidelberg
16	SCHAUBILD <u>Wohnen bezahlbar</u> machen – der Instrumentenkasten des Bundes
18	SCHILLERNDEN WEIMAR Ein <u>Ort für alle</u> , der auf die ganze Stadt ausstrahlt
22	WEN DIE HITZE BESONDERS BELASTET Ein Nürnberger <u>Pilotprojekt</u>
24	SMARTE DÖRFER Wie Digitalisierung auf dem Land Teilhabechancen <u>für Ältere</u> erhöht
25	WEIBLICHE PERSPEKTIVE Veranstaltung zu <u>feministischer</u> Stadtentwicklungspolitik
26	GESEHEN WERDEN <u>Gendersensible</u> Stadtplanung in einer südafrikanischen Kommune
29	VERDECKTE ENTWICKLUNG <u>Unkonventionelle</u> Methoden bei der Transformation von Adelsheim
31	IMPRESSUM



Cover: Melissa Schriek, Foto: Iwan Baan

Es wird bunter

Wo sich darum bemüht wird, den Bedürfnissen von mehr Menschen und Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden, kommt meist auch mehr Farbe in die Stadt. So wie hier auf dem Røde Plads in Kopenhagen-Nørrebro – geschaffen vom Architekturbüro BIG und der Künstlergruppe Superflex gemeinsam mit Topotek 1. Die Herausforderungen sind groß, und es gibt nichts schönzufärben. Aber man darf sich auch auf eine farbenfrohe Zukunft in unseren Städten freuen. **L**

»Planung *sinnlicher*

Städte sind in hohem Maße auch Gefühlsräume, sagt der *Humangeograph Jürgen Hasse* und empfiehlt einen phänomenologischen Ansatz: unverstellt hinschauen, allen zuhören und ihre Emotionen ernst nehmen. Nur so lassen sich Städte der Vielfalt und Gerechtigkeit gestalten

Interview



»Die Stadt ist eine Choreografie«, so der Titel einer Fotoarbeit der Niederländerin Melissa Schriek. Auf künstlerische Weise setzt sie sich darin mit einer innigeren Wahrnehmung der Städte und ihrer Menschen auseinander

werden«

muss

Interview: Oliver Geyer

Was ist ein phänomenologischer Ansatz in der Stadtforschung, und warum brauchen wir den?

Begonnen hat die Phänomenologie mit dem Philosophen Edmund Husserl zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Zivilisationskritik und als Kritik am modernen Rationalismus. Die Wissenschaft betrachtete die Welt zunehmend nur noch als etwas rein Äußerliches, Materielles und Verdinglichtes, das sie mit abstrakten Begriffen beschrieb. Demgegenüber sollte die subjektive und emotionale Weltwahrnehmung wieder zur Geltung kommen, die auch ein Teilbereich der Vernunft sein müsse, so die Annahme. Das war keine wissenschaftsfeindliche Position, sondern ein philosophisches Bemühen um eine Erweiterung der Perspektive.

Warum ist das heute – über 100 Jahre später – ein fruchtbarer Ansatz zur Betrachtung und Entwicklung von Stadt?

Wenn Städte wirklich gut für alle Menschen entwickelt werden sollen, müssen deren Perspektiven und Wahrnehmungen so nachvollzogen werden, wie sie sich in der Lebenswelt zeigen: nicht zuletzt subjektiv und emotional, denn Stadt ist auch eine gefühlräumliche Wirklichkeit, in der atmosphärische Qualitäten auf die Menschen einwirken. Diese Vorgänge können besonders treffend von »innen« heraus – aus der Perspektive mitweltlichen Erlebens – wahrgenommen werden.

Soll in der Planung ganz auf Gefühllichkeit umgesattelt werden?

Sicher nicht. Es geht darum, die subjektbezogene Perspektive und die Frage »Was macht das mit mir?« zunächst mal ernst zu nehmen: Wo wirken städtische Umgebungen wie auf die Menschen ein? Affektbezogene Erlebnisweisen wollen persönlich nachvollzogen und erfasst werden. Danach ist es an der professionellen Planung, das ins planungsrationale Denken und Tun zu integrieren, um es in einem ganz pragmatischen Vorgehen berücksichtigen

zu können. Im Grunde geht es hierbei um eine Übersetzungsleistung.

»Atmosphäre« ist dabei ein zentraler Begriff, der aber recht unscharf ist.

Lässt er sich für eine pragmatische Planung überhaupt nutzbar machen?

Atmosphären sind enorm wichtig für das Befinden der Menschen im städtischen Raum. Das hat auch mit Macht zu tun. Macht geht nicht nur – im Sinne von Max Weber – über dialogische Konfrontation von durchsetzungsfähigen Menschen aus, sondern auch von gebauter Realität und dem, was sie ausstrahlt. Eine glatte Fassade aus Beton und Stahl sendet eine andere Botschaft als warmer Sandstein oder Holz. Neben den räumlichen und materiellen Strukturen ist für eine städtische Atmosphäre aber ebenso wichtig, was Menschen in diesem Raum tun, wie sie sich bewegen, wie sie miteinander kommunizieren.

Ein konkretes Beispiel: Wie wirkt sich die Dominanz des Autoverkehrs atmosphärisch aus, und warum sind die Debatten darüber so kontrovers und emotional aufgeladen?

Weil die Menschen das eben sehr unterschiedlich wahrnehmen und diese Wahrnehmung auch stark biografisch geprägt ist. Für ältere Menschen, die sich noch an den Lärm und die Abgaswolken der Fahrzeuge in den 1960er-Jahren erinnern, sind die heutigen Emissionen vielleicht nicht so gravierend. Für die Jüngeren hingegen ist das kaum noch vorstellbar. An diesem Beispiel sieht man zudem, dass die emotionale Wahrnehmung gar nicht so unmittelbar und authentisch ist, wie man annehmen könnte. Es mischen sich dort immer auch Gestimmtheiten ein, die in gesellschaftlichen Diskursen und politischen Debatten entstanden sind und sich bereits verfestigt haben. Denken und Fühlen sind nicht getrennt, beides spielt ineinander.

Was macht die Atmosphäre einer Stadt aus, in der alle ihren Platz bekommen und wo Gerechtigkeit herrscht?

Vielfalt kann man recht gut sinnlich wahrnehmen, etwa in der Heterogenität von Stilen oder ethnischer Vielfalt. Das Thema städtischer Gerechtigkeit hingegen ist abstrakter, weil es da um Bewertungen und ethische Fragen geht. Aber auch städtische Gerechtigkeit beziehungsweise Ungerechtigkeit findet atmosphärischen Ausdruck, sogar im Gesicht von Bauwerken, zum Beispiel des Wohnungsbaus. Da haben Fassaden in gewisser Weise Bekenntnischarakter: In manchen Quartieren blendet der ästhetisierte Glanz geradezu, während andernorts der Verfall immer deutlicher wird. Man kann die wachsende Diskrepanz zwischen sozio-ökonomisch konträren Lebenssituationen auch an den Artefakten erkennen, mit denen sich Menschen ausstatten, seien es Autos, technische Geräte oder Kleidung. All dies wirkt atmosphärisch in den Stadtraum hinein.

Kündigen sich gesellschaftliche Veränderungen wie eine wachsende Vielfalt oder auch krisenhafte Entwicklungen atmosphärisch schon an, bevor man sie in abstrakten Begriffen zu fassen kriegt?

Dem ist sicher so, denn soziale Dynamik beginnt oft schleichend. Die Wahrnehmung erfasst zunächst atmosphärische Veränderungen. Was die schon erwähnte Zunahme ethnischer Vielfalt angeht, konnte man in den meisten Städten seit 2015 mit steigender Tendenz eine geschärfte Aufmerksamkeit bei den Menschen beobachten – meistens noch auf einer niedrigen Stufe des Affiziertseins. Es geschieht da etwas, das irritiert und aufhorchen lässt: Was macht das mit der Stadt, mit der ich mich bisher identifiziert habe? Es wäre allerdings problematisch, potenziell krisenhafte Entwicklungen allein gefühlsmäßig zu bewerten. Gerade die sind oft schon von politischen Debatten beeinflusst, in denen einflussreiche Akteure gezielt versuchen, die Gefühls Haushalte von Menschen anzuzapfen und neu zu formatieren.

Den Alarmisten ließe sich entgegenhalten: Stadt war immer schon ein Dichterraum, in den auch fremde Einflüsse einströmen.

Schon die mittelalterliche Stadt war ein extremer Dichterraum. Dichte an sich sagt jedoch nicht allzu viel. Erst Fragen nach Qualität und Quantität geben genauere Aufschlüsse zu ihrer urbanistischen Bedeutung. Fädeln sich Zugezogene von selber kulturell ein, oder muss man sich darum kümmern?

Wenn sich die Politik dessen wirksam annimmt, kann das den Menschen Sicherheit geben. Allerdings sollte sie sich davor hüten, unrealistische Erwartungen an Integration zu stellen. Lebendige Diversität lässt sich nie perfekt regulieren und kanalisieren.

Wie lässt sich der phänomenologische Ansatz nun konkret für bessere Stadtplanung nutzen, was sollte anders gemacht werden?

Um andere Perspektiven empathischer nachzuvollziehen, sollte Stadtplanung sinnlicher werden. Alle Beteiligten sollten mehr darüber sprechen, wie sie sich in ihrer Stadt fühlen, was sie sich wünschen, was sie befürchten. Das erfordert natürlich die konsequente Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am Planungsprozess. Die etablierten Formate der Partizipation bieten dafür gute Ansatzpunkte, sind aber ausbaufähig. Man sollte die »Abstraktionsbasis« des Denkens, also den Punkt, an dem man gewissermaßen mit dem Nachdenken anfängt, tiefer an die Wirklichkeit heranlegen – Planungstische und Workshop-Räume öfter verlassen. Gemeinsam im Stadtraum sinnliche Erfahrungen machen, sie mit anderen Menschen teilen und reflektieren.

Haben Sie mit solchen Formaten der Beteiligung Erfahrung?

Ich bin kein Stadtplaner. Aber an meiner letzten Exkursion hat eine Studierende teilgenommen, die im Rollstuhl sitzt. Wir haben uns gemeinsam durch Frankfurt bewegt, und es überraschte mich, was das für ein Hindernislauf werden sollte. Mal waren Bordsteine zu hoch, dann fehlten Fahrstühle, dann waren Türen zu klein, oder es gab keine Hinweisschilder, wo sie nötig gewesen wären. Die ganze Gruppe hat sozusagen leibhaftig nachvollzogen, wie schwer es für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen ist, am flüssigen städtischen Leben teilzuhaben. Gemeinsame Ortserkundungen sind methodisch zu empfehlen. Dabei stellt sich beim Thema Barrierefreiheit ja noch eine konkret fassbare planerische Aufgabe, die technisch zu lösen ist. Uns fremde ethnische Perspektiven nachzuvollziehen ist viel schwerer; etwa die

von Menschen aus Kulturkreisen mit ganz anderen Werten und Normen. Besser gelernt werden kann auch eine gendersensible Sicht der Dinge.

Braucht es ein neues Selbstverständnis der Planenden?

Wir sind es in unserer Kultur nicht gewohnt, im beruflichen Kontext groß über Gefühle zu sprechen. Die Gesellschaft muss vor allem lernen, solche Aussagen ernst zu nehmen, weil sie etwas menschlich Existenzielles ausdrücken. Eine unvoreingenommene Wahrnehmung erfordert erst mal ein naives Hinschauen, für das man die Expertenbrille absetzt und auch mal in einer Sprache sprechen muss, die einem unprofessionell erscheint. Es geht auch darum, die strikte Trennung zwischen der beruflichen Rolle und dem privaten Selbst durchlässiger werden zu lassen.

Man könnte es auch so beschreiben, dass in der Stadtentwicklung zwei Prinzipien aufeinander-

treffen. Sie sprechen von der »performativen Dynamik« des Stadtlebens einerseits – also einer organischen Entwicklung – und stadtplanerischer Gestaltung andererseits.

Aber das sind keine unvereinbaren Gegenpole, sondern zwei Ressourcen, die in emotional intelligenten Partizipationsformaten in einen fruchtbaren Dialog kommen. Auf so einem Stadtpaziergang kann man beispielsweise auch an urbanen Orten fotografieren, um sich über die Mannigfaltigkeit von Sichtweisen der Welt klarer zu werden. So verstanden ist Stadtplanung eine Moderation unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte und Gefühlskulturen, die Stadt hervorbringen. Wenn wir uns schon in der Planung mit offenen Augen und Ohren aufeinander einlassen, kann ein lebendiger Stadtraum entstehen, in dem Menschen sich einander zuwenden und miteinander reden – aber nicht nur über »objektive« Gegenstände, sondern auch über individuelle wie gemeinsame Seins-, Erlebnis- und Lebensweisen.

Angesichts der steigenden Dynamik der Entwicklungen – Stichwort Hyperdiversität – kann Planung mit der

performativen Dynamik oft gar nicht mehr Schritt halten. Wie soll man damit umgehen?

Wird die Heterogenität in der Stadt schnell sehr groß, kann das mit unbehaglichen Gefühlen der Unübersichtlichkeit einhergehen. Überzogene Erfolgsansprüche im Sinne einer perfekten Harmonie in der Diversität sind da schnell zum Scheitern verurteilt. Wichtig ist die Frage: Funktioniert ein respektvolles Zusammenleben im Alltag auf der Verhaltensebene, gibt es eine wechselseitige Kontakt- und Austauschfähigkeit? Zur Relativierung des Rationalismus gehört auch die Überwindung des Glaubens an vollständige Gestaltbarkeit. Wir müssen akzeptieren, dass das Stadtleben mäandert. Der Soziologe Georg Simmel hat das schon vor über 100 Jahren als besondere Eigenschaft der Stadtmenschen herausgestrichen und dafür plädiert, diese Tatsache mit einem gerüttelten Maß an Gleichmut und Großzügigkeit hinzunehmen. Die Fähigkeit, mit dem Unperfekten und Transitiven zu leben, ist eine Keimzelle großstädtischer Kreativität. Wichtige Voraussetzung für deren Entfaltung ist allerdings, dass die wesentlichen Konstituenten der Gesellschaft weiterhin in der urbanen Lebenspraxis funktionieren.

Machen wir zum Schluss noch einen kleinen utopischen Stadtpaziergang. Was wäre das Ergebnis einer solchen subjektsensiblen Stadtplanung – wie sähe eine gerechte Stadt für alle aus?

Die rundum gerechte Stadt wird eine Utopie bleiben. Mir ist keine Gesellschaft bekannt, in der das gelungen wäre. Es gibt immer eine systemische Trägheit. Die Differenz wird also bleiben, und ich glaube, das ist auch nötig. Wir wollen ja kein Paradies, sondern eine Wirklichkeit, an der wir uns reiben können. Es kann nur um ein dauerhaft dialogisches Bemühen gehen, Utopien näher zu kommen. Und da gibt es beeindruckende historische Beispiele wie etwa die Gartenstadt-Idee. Oder wenn es um hypertrophierende Dichte und Vielfalt geht, die Urbanität lebendig werden lässt, könnte man an die kulturelle Dynamik denken, die sich in Paris Ende des 19. Jahrhunderts entfaltete. Die hat ein überaus vielfältiges Leben und eine geradezu ekstatische Kreativität hervorgebracht. Große Lebendigkeit ist auch heute in vielen städtischen Quartieren zu beobachten. Was sie am Ende hervorbringen wird? Sicher etwas ganz anderes, als wir es uns heute ausmalen können. ■



Foto: Piotr Banczerowski

Als Geograph befasst sich Jürgen Hasse mit dem Verhältnis von Raum und Mensch. Er nimmt teil am Fokusgespräch »Stadt der Vielfalt« der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Unterschiedlichkeit als Chance

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Neben denen, die berechtigt Schutz suchen, sind auch diejenigen willkommen, die Qualifikationen mitbringen, um die wir werben. Die Gesellschaft in Deutschland wird dadurch vielfältiger und bunter. Schon heute hat mehr als ein Viertel der Bevölkerung eine Migrationsgeschichte, Tendenz steigend. Gleichzeitig nehmen sozialräumliche Disparitäten zwischen und innerhalb von Städten und Gemeinden zu, womit die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse, von Teilhabemöglichkeiten und lokaler Demokratie herausfordernder wird. Dass die Bundesregierung sich politisch mit dem Thema Vielfalt auseinandersetzt, ist also für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes wichtig und notwendig. Und es ist eine Aufgabe, die nur in enger Abstimmung zwischen Bund und Ländern gelingen kann. Dabei orientieren wir uns auch an der »Charta der Vielfalt«, die unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzler Olaf Scholz entstanden ist.

Doch was heißt das konkret? In den Quartieren vieler großer und kleiner Städte gehört Vielfalt zum Alltag, ist eine Selbstverständlichkeit und wird als Bereicherung erlebt.

Die wachsende Vielfalt bringt aber auch Herausforderungen mit sich. Nicht selten führt die Unterschiedlichkeit der Bedürfnisse und Lebensweisen zu Konflikten, die sich nicht von selbst erledigen. Umso wichtiger sind Partizipationsmöglichkeiten und Gelegenheiten zum Dialog, um unterschiedliche Perspektiven in die Planung und Entwicklung städtischer Lebensräume zu integrieren. Gelingt das, kann Unterschiedlichkeit zur Chance und zum Erfolgsmodell werden.

Weil Vielfalt nur dann ein Erfolg wird, wenn Begegnung und Austausch gelebt werden, unterstützt das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen die Sanierung wichtiger Infrastruktureinrichtungen und die Neugestaltung öffentlicher Räume als Treffpunkte der Stadtgesellschaft, als Kristallisationspunkte für Zusammenleben und Gemeinsein. Damit wollen wir stadträumliche Qualitäten und Entwicklungsprozesse stärken, die zu sozial ausgewogenen, gemischten und sicheren Stadtquartieren beitragen. Wir fördern die Integration von Menschen unterschiedlicher



Foto: BMWWSB / Henning Schacht

Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Klara Geywitz unterstützt mithilfe zahlreicher Förderprogramme eine »gerechte Stadtentwicklung« im Sinne der Neuen Leipzig-Charta

sozialer und ethnischer Zugehörigkeit und aller Altersgruppen und stärken so demokratische Prozesse. Diese Aspekte wollen wir in Zukunft noch stärker in unseren Förderprogrammen berücksichtigen, insbesondere in der Städtebauförderung, aber auch in den Programmen zur sozialen Wohnraumförderung, Innenstadtentwicklung, Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur sowie zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel. Die Stadt der Vielfalt braucht passgenaue Förderprogramme für den sozialen Zusammenhalt und eine »gerechte Stadtentwicklung« im Sinne der Neuen Leipzig-Charta.

In einem fortlaufenden Aushandlungsprozess neu zu bestimmen, wie wir in diesen vielfältigeren Städten zusammenleben wollen und wie ihre Gebäude und öffentlichen Räume so gestaltet werden können, dass sie die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln und zu einem Gewinn für uns alle machen, wird unsere Aufgabe sein.

Für alle



Text: Chiara Swenson
Fotos: Leon Joshua Dreischulte

ein Stü

Ein Verkehrsversuch in Leipzig soll den Straßenraum in einem Viertel gerechter verteilen und für neue Nutzungen jenseits des Autofahrens öffnen. Das Echo ist geteilt: Viele sind begeistert, andere fühlen sich übergangen – von einem *zivilgesellschaftlichen Projekt*, das viel Wert auf Partizipation legt. Ein Besuch vor Ort



Pilotprojekt

Ungehindert knallt die Sonne auf den Asphalt der Leipziger Eisenbahnstraße. Radfahrerinnen, Lieferanten und Mütter mit Kinderwagen drängeln sich zwischen Gemüseauslagen und Cafétischen hindurch. Autos und Straßenbahn bremsen einander gegenseitig aus. Wer hier entlangläuft, merkt: Der Straßenraum ist knapp und der Trubel groß. Doch ist man einmal abgebogen, sind Hitze und Lärm plötzlich vergessen: Bäume spenden Schatten, statt parkender Autos gibt es runde Sitzbänke, und es tummeln sich Bienen, Hummeln und Schmetterlinge über selbst gebauten Hochbeeten. Auch die Hildegardstraße war bis vor Kurzem noch beliebt bei Autofahrerinnen und Autofahrern, um den Stau auf der Eisenbahnstraße zu umgehen. Heute gelten hier in einem rund 70 Meter langen Abschnitt bis zur Ludwigstraße Schrittempo und Parkverbot. Außerdem wurde am nördlichen Straßenende eine Diagonalsperre eingerichtet: Zehn Poller teilen die Kreuzung in zwei Hälften

Nicht nur andere Formen von Mobilität sollen hier mehr Platz erhalten, auch ganz neue Nutzungen des Straßenraums

und sorgen für weniger Durchgangsverkehr.

Was wie eine gewöhnliche Spielstraße wirkt, soll nach dem Vorbild aus Barcelona ein sogenannter »Superblock« werden:

ein begrüntes Viertel, in dem Fußgänger und Radfahrende Vorrang haben und wo es mehr öffentliche Aufenthaltsorte gibt. Erst mal nur versuchsweise ab Mai 2023 für eine einjährige Testphase als *Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik*, später vielleicht auch dauerhaft. Und auch wenn sich noch nicht alle an die neuen Verkehrsregeln halten, wird der Raum bereits fröhlich genutzt:

vom Block

ck

Kinder spielen, Erwachsene sitzen für eine kleine Pause auf den Bänken. Ein Vater lässt seine Familie sicher aussteigen, bevor er anderswo einen Parkplatz sucht. Unentwegt düsen Radfahrerinnen und Radfahrer durch die Straße.

Auch andere deutsche Städte wie Berlin, Darmstadt oder Stuttgart erproben mit solchen Projekten die Neuaufteilung des Straßenraums. Hier in Leipzig kommt die Initiative aus dem Viertel selbst: »Wir haben das als Zivilgesellschaft angestoßen«, erzählt Ariane Jedlitschka, die selbst in der Hildegardstraße lebt. Sie betreibt hier seit Jahren Nachbarschaftsarbeit und ist gut vernetzt. »Während der Coronazeit gab es viel Frust wegen des Autoverkehrs«, erzählt sie. Jedlitschka und ihr Partner

Matthias Petzold erkannten, dass etwas passieren musste: »Uns wurde klar, wie wichtig der öffentliche Raum und das gemeinschaftliche

Die Initiative bietet viele Formate zur gemeinschaftlichen Gestaltung des Projekts – am liebsten direkt vor Ort

Miteinander sind.« Also gründeten sie 2021 den Verein »Superblocks« und starteten ihr erstes Projekt. Der Name: »Neue Nähen«. Das Ziel: weniger Autos in der Hildegardstraße, dafür mehr Sicherheit und Platz für alle.

Was von außen wie ein kommunaler Verkehrsversuch wirkt, hat sich dank der Impulse von »Superblocks« zu einer echten Koproduktion von Stadt und Verein entwickelt. »Unser Anspruch war es von Anfang an, die Menschen mitzunehmen und ihnen durch ein Experiment zu zeigen, was möglich ist«, erklärt Jedlitschka. Beteiligungsprozesse seien im Viertel bisher eine Seltenheit gewesen. Doch dieses Mal können Anwohnerinnen und Anwohner ihre Ängste und Wünsche äußern, unter anderem im mobilen »Wunschbüro« oder bei öffentlichen »Straßenstammtischen«. Ein Projektflyer in zahlreichen Sprachen informiert über das Projekt und die verschiedenen Möglichkeiten, sich dort einzubringen. Denn, so die Erfahrungen des Vereins: So richtig beginnt diese Diskussion erst in dem Moment, in dem sich der Raum sichtbar verändert. Am konkreten Beispiel lässt sich dann eine Beteiligung »zum Anfassen« durchführen.

Die Ergebnisse trägt der Verein in einen eigens dafür gegründeten Projektbeirat, in dem Vertreter aus dem Dezernat für Stadtentwicklung und

Bau sowie Wissenschaftlerinnen des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung und lokale Umweltinitiativen vereint sind. Das soll helfen, wirklich alle Perspektiven zu berücksichtigen, wenn es an die finale Umsetzung der »Superblocks«-Pläne geht. Die Verkehrsberuhigung ist nur vorläufig beschlossen und soll nach einem Jahr evaluiert werden.



Auch heute findet wieder ein öffentliches Forum in der Hildegardstraße statt, und der Stuhlkreis füllt sich bereits. Ariane Jedlitschka verteilt Mikrofone. Salam Moussa, die mit ihren drei Kindern in der Hildegardstraße lebt, lobt das Projekt: »Die Kinder können jetzt allein draußen spielen, und wir als Familie sitzen hier auch gerne.« Während sie das sagt, saust ihre jüngste

Tochter auf einem pinkfarbenen Roller mit Luftballons über die Straße. Der einzige Nachteil, so Moussa: Nachts sei es nun ab und zu etwas lauter, weil sich hier mehr Menschen aufhielten. Dann könne sie nicht so gut schlafen. Auch Anwohnerin Rosemarie Reul ist grundsätzlich zufrieden mit der neuen Straßennutzung. Sie hat ihren Rollstuhl vor einer mit Graffiti besprühten Haus-

fassade geparkt und lauscht dem Gespräch. Dann meldet sich die 84-Jährige selbst zu Wort: »Ich finde es gut, dass in diesem Teil der Straße niemand mehr parken darf. Jetzt spielen hier Kinder.« Mit einem skeptischen Blick fügt sie hinzu: »Ich sehe aber immer noch viele Autos, die hier regelmäßig parken. Das Ordnungsamt tut nichts dagegen.« Anwohnerin Sandra, die ihren Nach-

namen nicht nennen möchte, hat dazu eine klare Meinung: »Es ist nicht so, als würden die Menschen die Schilder übersehen. Sie wollen sie nicht sehen.«

Tatsächlich ist das Modellprojekt nicht allen im Viertel so willkommen. Kurz nach Beginn der Testphase reichten 17 Gewerbetreibende bei der

Stadt einen offenen Brief gegen die verkehrsberuhigte Zone ein. Zwei von ihnen betreiben beliebte Restaurants auf der Eisenbahnstraße an der Ecke zum verkehrsberuhigten Abschnitt. Kritisiert

werden unterschiedliche Aspekte, etwa fehlende Parkplätze für Kunden und die eigene Familie oder nächtliche Ruhestörungen. Die Stimmung ist aufgeheizt. Offenbar geht es dabei nicht nur um ökonomische Sorgen, sondern um unterschiedliche Vorstellungen von öffentlichem Raum und sicherem Zusammenleben in der Hildegardstraße. Laut Azim Semizoğlu vom städtischen Migrantenbeirat, der den Konflikt zu Beginn begleitet hat, sind außerdem noch weitere Ursachen mit im Spiel. Viele der Gewerbetreibenden gehören migrantischen Communitys an. Es sind Menschen, die sich häufig von der Mehrheitsgesellschaft nicht gehört, nicht ernst genommen fühlen.

Auch eine Onlinepetition gegen die verkehrsberuhigte Straße hat es

»Unser Projekt wollte erreichen, dass die Menschen ihre Stimme finden und sich äußern«

schon gegeben, die aber mittlerweile wieder geschlossen ist. Manche Kritikerinnen und Kritiker eint der Eindruck, es habe keine Mitsprachemöglichkeiten für das Modellprojekt gegeben und sie seien vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Ein auf den offenen Brief hin angekündigter Austausch zwischen Stadt und Gewerbetreibenden ließ lange auf sich warten.

Wie konnte es in diesem Projekt, bei dem die Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner an erster Stelle steht, dazu kommen? Im heutigen Mitmach-Forum spricht ein Besucher den

Konflikt an. Bei Ariane Jedlitschka ist die Enttäuschung hörbar: »Wir haben alles Mögliche versucht, um die lokalen Gewerbetreibenden zu erreichen, wurden aber nicht von allen ernst genommen.« In Zukunft sei es daher wichtig, die unterschiedlichen Interessen zu moderieren und sie zusammen mit den Erkenntnissen aus dem Verkehrsversuch und dem inzwischen von der Stadt erstellten Verkehrskonzept in die langfristige Planung einfließen zu lassen, betont sie und schaut dabei in Richtung von Friedemann Goerl. Goerl ist Fußverkehrsbeauftragter der Stadt Leipzig und arbeitet an der Schnittstelle zwischen Verein, Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltung. Er möchte hier heute Rede und Antwort stehen. Es sei schade, räumt er ein, wenn man die Gastronomen nicht auf seiner Seite habe, wo der Superblock doch gerade auch für sie große Vorteile bringe. Zum Beispiel mehr Platz für Anlieferung und eine attraktive Außenbestuhlung. »Hier hätten wir als Stadt frühzeitiger in die Kommunikation und Beteiligung einsteigen müssen.« Inzwischen ist eine umfangreiche Befragung und Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner gestartet worden.

Letztlich kann nur gemutmaßt werden, warum die Kritikerinnen und Kritiker die in mehreren Sprachen angekündigten und für alle zugänglichen Partizipationsformate bislang nicht genutzt haben. Aber immerhin kommt jetzt Leben in die Debatte. »Unser Projekt wollte erreichen, dass die Menschen in der Nachbarschaft ihre Stimme finden und sich äußern«, sagt Matthias Petzold. Indem Planungs-ideen im Stadtraum sichtbar gemacht und Kritik daran geäußert wurde, die nun im Sinne einer »lernenden Planung« in den weiteren Prozess einfließen könne, ist für ihn das erste Ziel erreicht. Der Projektbeirat soll in Zukunft ein offener Arbeitskreis für alle sein, die gemeinsam an der Verkehrswende mitwirken möchten.

Der Verein möchte nun auch andere Nachbarschaften dabei unterstützen, solche Projekte anzustoßen, um aus Experimenten zu lernen. Sogar über die Stadtgrenze hinaus gibt es dazu Pläne: Gemeinsam mit weiteren »Superblocks«-Initiativen arbeiten Jedlitschka und der Verein an einem bundesweiten Netzwerk zum Erfahrungsaustausch mit anderen vergleichbaren Projekten. Sie planen mal Kiezblocks, mal Superveedel, doch die Herausforderungen sind überall ähnlich. L

Kokreativ für Leipzig

Die Perspektiven sind verschieden. Aber eine gute Kooperation von Kommune und Zivilgesellschaft bringt die Stadt immer voran



Foto: Kais Herrabi

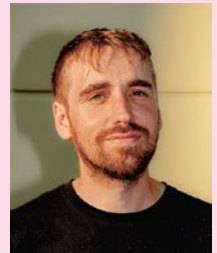
Anna Morawek (31)

»Ich betreue das mobile Wunschbüro, ein umgebauter

Fahrradanhänger mit Dach, und frage die Menschen in der Hildegardstraße, wie sie das Projekt finden. Dieses Konzept finde ich super, denn wir sind sichtbar und direkt auf der Straße. Das macht die Hürde, uns anzusprechen, kleiner. Ich glaube, dass die Stadt sehr glücklich und dankbar ist, dass wir diese ganzen Partizipationsformate machen, denn bei klassischen Verkehrsprojekten ist das gar nicht so vorgesehen oder wird als nicht so wichtig betrachtet.«

Friedemann Goerl (34)

Foto: Leon Joshua Dreischulte



»Wenn das Verkehrs- und Tiefbauamt für alle Projekte so viele Partizipationsformate machen würde, würden wir nichts anderes mehr machen. Hier hat der Verein sehr viel getan, was bei normalen städtischen Projekten gar nicht möglich ist. Es gab einen tollen Dreiklang: bürgerliches Engagement, eine Verwaltung, die das aufnehmen kann und will, und einen Stadtrat, der das auch legitimiert. Ich denke, das ist das, was es erfolgreich macht.«

Ein Dach überm Kopf

Bezahlbaren Wohnraum

zu schaffen ist das oberste wohnungspolitische Ziel der Bundesregierung. Das gesellschaftliche Problem der Wohnungslosigkeit wird damit allein aber nicht zu lösen sein. Dies erfordert einen besonderen Fokus – und einen Aktionsplan

Geht es um das politische Ziel der Schaffung bezahlbaren Wohnraums, fällt der Blick meist zuerst auf Familien oder alte Menschen mit geringem Einkommen, die sich am Markt oft nicht mehr aus eigener Kraft mit einer Mietwohnung versorgen können. Und in der Tat entsteht hier ein rasant wachsender Bedarf, weshalb die Bundesregierung mit dem »Bündnis bezahlbarer Wohnraum«, das Baukosten senken und bis 2026 die Voraussetzungen für 400.000 neue Wohnungen pro Jahr in Deutschland schaffen soll, die Dinge in die Hand nimmt. Doch es gibt da noch eine Bevölkerungsgruppe, die bei diesem Thema auf keinen Fall übersehen werden darf, weil sie ohnehin ein stadtesellschaftliches Schattendasein fristet: Wohnungslose. Auch deren Zahl ist in den letzten Jahren gestiegen, und sie haben es besonders schwer, im Wohnungsmarkt wieder Fuß zu fassen. Die Rede ist von einem vielschichtigen gesellschaftlichen Problem, das spezifische Lösungsansätze erfordert. Im Koalitionsvertrag ist deshalb auch die Absicht formuliert, einen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit auf den Weg zu bringen.

Eine gerechte Stadt, die niemanden außen vor lässt, so lautet ein zentraler Grundsatz der Neuen Leipzig-Charta. Durch das Problem der Wohnungslosigkeit wird er besonders auf die Probe gestellt. Die Regierung hat sich deshalb ein ambitioniertes Ziel gesetzt: Bis 2030 soll sie in deutschen Städten überwunden werden.



Fotos: BMWBS / Henning Schacht

Wie aber kann das gelingen? Als Referent im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen hat André Riemer den Auftrag, die Sache mit Leben zu füllen. Dazu haben er und seine Kolleginnen und Kollegen im Juni 2023 zunächst einmal zu einer Zukunftskonferenz eingeladen. »Es ging darum, wirklich alle relevanten Perspektiven in einen Raum zu holen, die Fachinstitutionen, Wirtschaftsverbände, kommunale Spitzenverbände, die verschiedenen politischen Ebenen und natürlich vor allem die Betroffenen – ehemalige Wohnungslose«, erklärt er. Am Ende waren es 75 Teilnehmende aus allen erdenklichen Bereichen, die zwei Tage lang in einem großen Saal versammelt waren und engagiert diskutierten. Ein fertiger Aktionsplan sollte dabei nicht herauskommen. Es ging um eine Bestandsaufnahme, erste Ideen und die Schaffung einer gemeinsamen Basis für die später zu erarbeitenden Ansätze und Richtlinien. Riemer



Wohnungslosigkeit aus allen relevanten Perspektiven betrachten – darum ging es bei der Zukunftskonferenz im Juni 2023, an der 75 Menschen teilnahmen

ist darauf bedacht, gutes Erwartungsmanagement zu betreiben: »In unserem föderalen System ist die Bundesregierung natürlich nicht befähigt, den Kommunen und anderen Akteuren irgendetwas vorzugeben. Aber wir können ein Forum schaffen, in dem ein reger Austausch über Erfolg versprechende Modelle stattfindet und in einem fruchtbaren Dialog strategische Bündnisse geschmiedet werden.«

Damit das im Ergebnis für die Betroffenen funktioniert, ist es unverzichtbar, sie wirklich zu verstehen und ihre lebensweltlichen Erfahrungen zur Kenntnis zu nehmen. Besonders beeindruckend war auf der Zukunftskonferenz das Engagement eines wohnungslosen Mannes, der mit seinem Fahrrad und einem Anhänger zu Veranstaltungen in ganz Deutschland reist, um als Experte in eigener Sache auf die Bedürfnisse von Menschen auf der Straße hinzuweisen.

Erfahrungen wie diese lassen sich seit Erscheinen des ersten Wohnungslosen-Berichts der Bundesregierung im Dezember letzten Jahres nun zusätzlich mit Fakten und Empirie unterfüttern. Der Bericht hat deutlich vor Augen geführt, dass die sichtbare Straßenobdachlosigkeit nur die Spitze des Eisbergs ist. Von geschätzt 263.000 Menschen ohne Wohnung, deren Anzahl Schätzungen der Sozialverbände zufolge aktuell noch höher liegen dürfte, leben etwa 38.000 wirklich



auf der Straße. Ein deutlich größerer Teil lebt eher »verdeckt wohnungslos«: Menschen, die ihre eigene Wohnung verloren haben und erst mal bei Freunden oder Verwandten unterkommen oder von der Kommune mit einer Notunterkunft versorgt werden. Hinzu kommen geflüchtete Menschen, denen Deutschland Asyl gewährt, die aber keine reguläre Bleibe finden und deshalb ihr Dasein weiter in Flüchtlingsunterkünften fristen. Besonders fiel den Teilnehmenden der Zukunftskonferenz eine Zahl ins Auge, in der viele einen Ansatz für eine Lösung erkennen: Rund 50 Prozent der Menschen, die in Deutschland in den letzten Jahren wohnungslos wurden, haben vorher keine sozialen Hilfen in Anspruch genommen. Dabei gibt es zahlreiche staatliche Instrumente, wie die Sozialberatung oder Mietschuldenübernahme der Jobcenter und Sozialämter, die verhindern könnten, dass Menschen überhaupt auf der Straße landen. Noch steht der Aktionsplan ganz am Anfang, aber ein wichtiger Aspekt zeichnet sich damit schon ab. André Riemer, der auch der deutsche Vertreter auf der europäischen Plattform für die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit ist, kann das bestätigen: »Die Situationen in den Ländern mögen sehr unterschiedlich sein. Aber was man von Beispielen wie Finnland definitiv lernen kann: Länder, die Wohnungslosigkeit erfolgreich bekämpfen, haben es geschafft, die Themen Wohnen und soziale Hilfen gut zusammen zu denken.« Mit anderen Worten: Es geht ganz stark auch um die Frage nach effektiver Prävention – und dass für Menschen in prekären Lagen überhaupt genügend bezahlbare Wohnungen vorhanden sind.

Für ihre Errichtung investiert der Bund bis 2027 18,15 Milliarden Euro, die den Ländern als Bundesfinanzhilfen zur Verfügung gestellt werden. Wo aber kann mit Blick auf die Situation von Wohnungslosen über das Anstoßen von Dialogen hinaus der politische Hebel ähnlich konkret angesetzt werden? »Das Subsidiaritätsprinzip will es so, dass die Dinge in föderaler gemeinsamer Verantwortung zu bewältigen sind und Veränderungen von allen staatlichen Ebenen gewollt sein müssen«, antwortet Riemer. Tatsächlich gehe es vordringlich darum, die relevanten Akteure von sozialer Hilfe und Wohnen bundesweit überhaupt erstmal zusammenzubringen. Gefragt ist also Multi-Level-Governance: eine gute Koordination nicht nur der verschiedenen politischen Ebenen und Institutionen, sondern auch ganz verschiedener Politikfelder. Weil Wohnungslosigkeit die Gesundheit belastet und Betroffene oft ihre Krankenversicherung verlieren, ist auch das Ressort Gesundheit mit in der Verantwortung. Da sich mietrechtliche Fragen stellen, betrifft Wohnungslosigkeit auch das Justizressort. Und weil Obdachlose vermehrt Gewalt erfahren, geht es auch um Kriminalitätsprävention und damit um einen Verantwortungsbereich des Innenministeriums. Und viele politische Dimensionen mehr

Es wird noch ein langer Weg sein, aber es herrscht Aufbruchstimmung, und das Ziel ist klar. Damit auch sicher alle mitgenommen werden, sind die verschiedenen Stakeholder und Perspektiven fest verankert in dem Lenkungsreis und einem »Forum Wohnungslosigkeit«, das die Umsetzung des Aktionsplans in den nächsten Jahren mit verschiedenen fachlichen Arbeitskreisen begleitet. Das Tempo des gesellschaftlichen Wandels steigt, und deshalb werde es darauf ankommen, so Riemer, den Aktionsplan ausreichend anpassungsfähig zu halten. Aber Schritt für Schritt. Zunächst mal muss überhaupt eine erste Fassung vorliegen, die im Frühjahr vom Bundeskabinett beschlossen werden kann.

Mörtel der

Als im Jahr 2013 das amerikanische Militär insgesamt fünf Areale in Heidelberg aufgibt, signalisiert die Kommune der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben umgehend: Wir wollen von unserem Vorkaufrecht Gebrauch machen. Insgesamt 180 Hektar in einer Stadt mit gut 160.000 Einwohnerinnen und Einwohnern? Das ist eine Riesenchance, aber es ist auch ein Risiko. Es gibt einen starken Zuzug in die Metropolregion Rhein-Neckar und in die beliebte Universitätsstadt Heidelberg ohnehin. Aber Flächen dieser Größenordnung muss man auch erst mal mit der nötigen Zugkraft und einem stimmigen Konzept entwickeln.

Zoom in einen wichtigen Teilbereich, die Konversionsfläche Südstadt. Auf der liegt ein besonderes Augenmerk, da sie nur wenige Kilometer von der Heidelberger Innenstadt entfernt ist. Es geht um 42 Hektar, die zu einem gemischten Quartier für 4.000 Menschen mit allen wichtigen Infrastrukturen und einem hohen Anteil an sozialem Wohnungsbau entwickelt werden sollen – gut angebunden ans Zentrum und transformiert mit dem nötigen Fingerspitzengefühl. Dieses Gelände, auf dem eine Kaserne aus der Nazizeit steht und das später als amerikanischer Militärstützpunkt genutzt wurde, hat auch eine historische Dimension, mit der man angemessen umgehen muss. Das alles gehört zum »Genius Loci«, den es hier herauszuarbeiten gilt.

Ein umfang- und facettenreiches Aufgabenpaket. Gleichwohl kann Gero Seidler als Leiter des Projektmanagements Südstadt bei der Konversionsgesellschaft Heidelberg mbH genau sagen, worauf der Fokus liegt: »Das Thema gerechte Stadt: Es ist das erklärte wohnungspolitische Ziel Heidelbergs, auf dieser Fläche zu 70 Prozent preiswerten Wohnraum zu schaffen. Acht Euro pro Quadratmeter, was von der Finanzierung her natürlich eine Herausforderung ist.« Aber mit Mitteln von Bund und Land aus der Wohnraumförderung Baden-Württemberg wird es möglich.

Ein privatwirtschaftlicher Immobilienentwickler würde sich darauf vermutlich gar nicht einlassen. Man kann eine Fläche dieser Größe, will man einen solchen Preis realisieren und trotzdem für einen hochwertigen Städtebau sorgen, nicht nach reinen Effizienzkriterien entwickeln. Sozialer Wohnungsbau, so Seidler, müsse in ein funktionierendes Ganzes und eine attraktive Mischung integriert werden. »Unser Ansatz ist es, dass man dem einzelnen Projekt später nicht ansehen soll, ob hier jemand zum subventionierten Preis oder vielleicht auch für 14 Euro pro Quadratmeter

So richtig entfaltet
der *soziale Wohnungsbau*
seine Wirkung für eine
inklusive Stadt erst,
wenn auch das Umfeld
attraktiv ist. Ein Projekt
in Heidelberg zeigt,
wie hilfreich dafür das
gute Zusammenspiel
mit anderen Förderungen
ist – vor allem der
Städtebauförderung

wohnt.« Zumal eine solche Flächenentwicklung heute immer im Spannungsverhältnis steht mit anderen Anforderungen wie Klimaschutz und der Notwendigkeit, Flächen zu entsiegeln. All das spiegelt sich wider in der komplexen, aber effektiven Organisationsstruktur und Umsetzungsstrategie, die Heidelberg für diese Konversionsfläche gewählt hat.

Hier lohnt ein Blick ins Detail. Man hat, um sich der Herausforderung Südstadt anzunehmen, in Heidelberg mit der MTV Bauen und Wohnen GmbH & Co. KG eine eigene Projektgesellschaft gegründet. Den Hauptanteil daran hält – neben zwei Baugenossenschaften, zwei Banken und der Konversionsgesellschaft – die städtische Wohnungsbaugesellschaft GGH als hundertprozentige Tochter der Stadt Heidelberg. Womit unter anderem sichergestellt ist, dass die preiswerten Mietwohnungen dauerhaft im Bestand gehalten werden können. 30 Prozent des Wohnraums hingegen werden als Eigentum zur Selbstnutzung verkauft, um dem Projekt auch einen Cashflow zu verschaffen. Zur Organisationsstruktur kommt auf der zweiten Ebene die Käuferstruktur: Drei Käufer haben das Areal erworben: die MTV Bauen und Wohnen, die für die Wohnbauentwicklung zuständig ist. Die Entwicklungsgesellschaft Campbell Barracks, die das Kasernenareal entwickelt. Und schließlich die Stadt Heidelberg selber für alle öffentlichen Flächen und die Gemeinbedarfs-einrichtungen wie Schulen, Kultureinrichtungen und das Bürgerzentrum Südstadt.

Es ist ein vielschichtiges Gebilde, in dem verschiedenste Interessen und Kompetenzen vereint sind. Dennoch gibt es einen Akteur, der den Hut der Planung aufhat und entsprechend handlungsfähig ist: die Stadt Heidelberg mit ihrem Planungsinstrumentarium.

Hier liegt für Gero Seidler ein entscheidender Punkt: »Mit dieser klaren Zuständigkeit liegt es auch in der öffentlichen Hand, zu gestalten, bis zu welchem Grad sich ein solches Areal über Marktmechanismen monetarisieren muss beziehungsweise wie viel Fläche man dem entziehen kann, um einen attraktiven öffentlichen Raum zu realisieren.«

Ein hoher Grünanteil, ausreichend Spiel- und Sportplätze, Begegnungsorte ohne Konsumzwang, Licht und Luft zum Atmen – das alles gehört zu einem lebenswerten und sozialen Quartier. Daran gibt es wenig Zweifel, nur muss das irgendwie finanziert werden. Die Einkünfte aus dem vergleichsweise kleineren Anteil der Wohnungsverkäufe an Privatnutzer werden auf der Konversionsfläche Südstadt dafür nicht reichen. Es liege deshalb, so Seidler, ebenfalls in der öffentlichen Hand, hier verschiedene Förderansätze sinnvoll miteinander zu verflechten. An dieser Stelle kommt neben anderen öffentlichen projektbezogenen Förderungen vor allem die Städtebauförderung als entscheidender Faktor ins Spiel. Seit Jahrzehnten ist sie




Foto: Joe Pohl

ein bewährtes Instrument, um ganze Areale zu entwickeln, attraktive und nachhaltige Lebensräume zu gestalten, soziale Infrastruktur zu stärken und dabei auch die baukulturelle Bedeutung eines Ortes im Blick zu haben. Sie wird sich hier mit einer größeren Summe beteiligen.

Zum Stichwort »baukulturelle Bedeutung« merkt Seidler an: »Die Amerikaner sind nicht gerade zimperlich mit den historischen Gebäuden umgegangen, rund um die Campbell Barracks mussten wir einiges rückbauen.« Ihre eigene Housing Area namens »Mark-Twain-Village« bestand aus 1950er-Jahre-Zeilenbauten. Eine eher lieblose Architektur, die dringend saniert, für heutige Bedürfnisse umstrukturiert und mit Neubauten ergänzt werden musste. »Die Amis kannten damals nur zwei Wohnungstypen, nämlich Drei- und Fünzimmerwohnungen. Auf dem heutigen Heidelberger Wohnungsmarkt brauchen wir aber deutlich mehr kleinere Einheiten.«

Die Rede ist nicht von fernen Zukunftsplänen. Es hat sich schon viel getan auf der Konversionsfläche Südstadt. Nachdem das Areal 2015 erworben wurde und Anfang 2016 in den Besitz der Stadt übergegangen ist, sind dort bereits 2016 einige Pionierprojekte in Bestandsbauten eingezogen. Pioniere sind sie auch wegen ihres sozialen Gepräges. Seidler

erläutert: »Wir haben neben dem hohen Anteil an sozialem Wohnungsbau sechs Objekte auch für besondere Wohnformen reserviert, mit unterschiedlichen Schwerpunkten, aber alle gemeinwohlorientiert.« Auch ein Wohnheim, in dem Heidelberger Betriebe ihren Auszubildenden günstigen Wohnraum anbieten können, ist längst in Betrieb. Mit der beliebten Heidelberger Kultureinrichtung Karlstorbahnhof, die 2022 auf dem Gelände der Campbell Barracks neu eröffnet wurde, haben die Azubis schon einen Anlaufpunkt, wenn sie abends in direkter Nachbarschaft ausgehen möchten.

In Zeiten akuter Baulandknappheit kann man die Konversionsfläche Südstadt nur als einen Glücksfall für Heidelberg betrachten – sozial, ökologisch und für das ganze urbane Leben. So nah am Zentrum gelegen, bereits gut angebunden durch öffentlichen Nahverkehr und mit viel entsiegelter Fläche, auf der nun Grünanlagen entstehen. Aber so ein komplexes Geflecht aus Anforderungen, Chancen und Zwängen muss auch gemanagt, die verschiedenen Finanzierungs- und Fördermodelle sinnvoll zusammengeführt werden. Das ist hier gelungen. Bereits heute haben 2.000 Menschen in der Südstadt ein neues, lebenswertes Zuhause gefunden, bis zur Fertigstellung im Jahr 2028 sollen es 4.000 sein. O.G. 

Gesellschaft

Früher war hier das US-Militär.
Heute entstehen auf der »Konversionsfläche Südstadt« viel sozialer Wohnungsbau,
ein neues gemeinschaftliches Leben und
lebendige Kulturräume



Um bezahlbares Wohnen für alle zu ermöglichen, ergreift die Bundesregierung eine Reihe verschiedener Maßnahmen. Einblick in den *Instrumentenkasten des Bauministeriums*

Das

Nestbautrieb – Förderung für Familien

Mit Wohneigentum wollen Eltern eine lebenswerte Umgebung für ihre Kinder schaffen. Doch steigende Baukosten und -zinsen erschweren das. Über das neue Förderprogramm »Wohneigentum für Familien« erhalten Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen Unterstützung in Form von zinsverbilligten Krediten für energieeffiziente Häuser. Damit sichern sie sich zugleich fürs Alter ab und tun etwas fürs Klima.

Frisch eingezogen – Junges Wohnen

Erstmals werden 2023 auch 500 Millionen Euro für das »Junge Wohnen« bereitgestellt, also die Förderung von Wohnheimplätzen für Auszubildende und Studierende.

Wo das Wir wohnt – Genossenschaften

Es ist das Ziel von Wohnbaugenossenschaften, ihre Mitglieder mit preisgünstigem Wohnraum zu versorgen. Im Oktober 2022 startete ein von Bund und KfW neu aufgelegtes Programm, das den Erwerb von Genossenschaftsanteilen für die Selbstnutzung fördert – sowohl bei Neugründung als auch in bestehenden Genossenschaften. Die Förderung erfolgt durch einen zinsgünstigen Kredit.

Sorgenfreier leben – Wohngeld-Plus

Steigende Mieten und Heizkosten belasten gerade Menschen mit niedrigem Einkommen. Deshalb hat die Bundesregierung eine große Wohngeldreform auf den Weg gebracht. Das neue Wohngeld Plus ist im Schnitt doppelt so hoch wie bisher, und dreimal mehr Menschen haben Anspruch darauf. In Zahlen: zwei Millionen Haushalte mit 4,5 Millionen Bürgerinnen und Bürgern.

Illustration: Pia Salzer

muss man doch

Big Picture



Auf die Zukunft bauen – klimafreundlicher Neubau

Ökologische Verantwortung ist soziale Verantwortung für künftige Generationen. Das Förderprogramm »Klimafreundlicher Neubau« trägt dazu bei, die Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor zu mindern und ihn bis 2024 klimaneutral zu gestalten. Über Zinsverbilligungen wird auch der Neubau klimafreundlicher Wohngebäude sowie deren Ersterwerb gefördert.

Alle gut bedacht – sozialer Wohnungsbau

Gerade in Ballungsgebieten schaffen es viele Menschen nicht, sich aus eigener Kraft am Markt mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Betroffen sind oft kinderreiche Familien und Alleinerziehende mit geringem Einkommen sowie Menschen mit Behinderung. Deshalb unterstützt der Bund deutschlandweit den sozialen Wohnungsbau – die Schaffung von neuem ebenso wie die Modernisierung vorhandenen Wohnraums.

Das Kompletต์programm – Städtebauförderung

Seit über 50 Jahren unterstützen Bund und Länder die Kommunen darin, attraktive und nachhaltige Lebensräume zu gestalten. Es geht um die Erhaltung alter Stadtkerne von baukultureller Bedeutung ebenso wie um die Entwicklung der Innenstädte und ganz neuer Stadtteile. Die Aufwertung des öffentlichen Raums beinhaltet immer auch wichtige Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und soll dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dienen.

fördern

Schillern Weimar

Text: Carmen Fiedler
Fotos: Leon Joshua Dreischulte



Für eine buntere Stadt:
Mit diesen Kugeln
stimmten Bürgerinnen
und Bürger über den
Publikumspreis ab



des



Rein nach Marktmechanismen kann man eine Stadt nicht entwickeln, wenn sich dort alle zu Hause fühlen sollen. Aber vielleicht mit einem »*Markt der Möglichkeiten*« – und einem Wohnprojekt, das sich in das Quartier öffnen will. Ein zukunftssträchtiger Samstag in Thüringen

Eine Zeichnerin erstellt live während der Veranstaltung eine »Landkarte der Projekte«



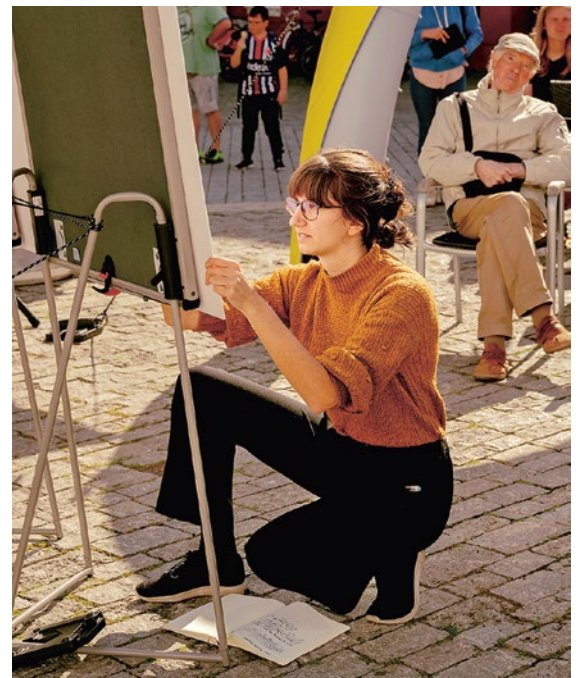
Pilotprojekt

Das Wetter spielt schon mal mit an diesem Samstagvormittag Ende September, Weimar zeigt sich von seiner goldenen Frühherbstseite. Die Plätze und Gassen der Innenstadt füllen sich mit Touristengruppen, Familienausflüglern und Einheimischen. Mittendrin, vor der Herderkirche, werden Stände aufgebaut. Aus Lautsprechern tönt Musik, und über ein paar Stuhlreihen ist ein Sonnensegel gespannt. Hin und wieder weht eine herbstliche Bö über den Herderplatz, die bunte Bänder flattern lässt. Aber etwas frischer Wind ist hier ja willkommen.

»Ihr müsst dann gleich alle das Zelt festhalten«, ruft Line Bernstein gut gelaunt in die Runde. Gleich wird sie eine kurze Begrüßungsrede halten und sagen: »Was heute passiert, ist neu für uns, neu für euch, neu für Thüringen.« Was sie meint, ist: einen Bürgerfonds für Stadtentwicklungsprojekte aufzubauen, der gemeinschaftlich vergeben wird. Heute zum »Markt der Möglichkeiten« werden Gelder in Höhe von insgesamt 20.000 Euro direkt an verschiedene Initiativen verteilt – eine Förderung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Vierzehn Projekte haben sich beworben, zehn davon präsentieren heute zum ersten Mal öffentlich ihre Zukunftsideen für Weimar. Alle sind eingeladen, sich umzuschauen, zuzuhören und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Line Bernstein von der Initiative »Stadtverwicklung« hat das mitorganisiert. »Ich bin total glücklich, dass diese kleine Gemeinschaft entstanden ist, dieser Austausch, ihr coacht euch gegenseitig«, sagt sie und meint damit die Menschen hinter all den Einzelinitiativen. Seit Mai dieses Jahres treffen sie sich regelmäßig zu Stammtischen und Workshops. Alle wollen sie etwas Konkretes in der Stadt bewegen.

Auf Aushängen sind die zur Auswahl stehenden Projekte knapp und anschaulich beschrieben, ebenso ihre Finanzierungsbedarfe. Die sind in Mindest-, Mittel- und Wunschwert unterteilt, daneben ist aufgelistet, was in den



Die Alte Feuerwache –
mit dem genossenschaftlichen
Wohnprojekt entstand
hier auch die Lust auf mehr
Beteiligungskultur



jeweiligen Kategorien möglich wäre. Lässt man den Blick schweifen, fällt auf, dass viele Gartenprojekte dabei sind. Etwa der Beerenpark in Weimar-Nord. Dort im Wohngebiet sollen Beerensträucher gepflanzt werden – Jockel-, Stachel- und Johannisbeeren –, um die Anwohnerinnen und Anwohner für Nachhaltigkeit und Selbstversorgung zu begeistern. Eine andere Initiative sieht vor, das Gauforum, das in der Nazizeit zur Selbstdarstellung des NS-Regimes erbaut wurde, für die Stadtgesellschaft wieder zugänglich und ein »Grün Forum Weimar« daraus zu machen. Dafür sollen die Einwohner per Umfrage mit eigenen Vorschlägen entscheiden, wie der Platz neu belebt und für alle einladend gestaltet werden kann. Und viele Ideen mehr. Es ist eine schöne Mischung aus Stadttutopie und finanziellem Realismus, was da präsentiert wird und zur Wahl steht.

Immer mehr Passantinnen und Passanten bleiben stehen und sehen sich das näher an. So zentral gelegen ist der Herderplatz genau der richtige Ort, um sich mit allen Interessierten über die Weimarer Stadtentwicklung auszutauschen. Und heute auch: konkret etwas zu bewegen. Am Nachmittag darf jedes Projekt über jedes andere mit abstimmen, außerdem gibt es einen Publikumspreis. Die daran anschließende Mittelvergabe beruht auf einem einigermaßen komplexen Rechenmodell. »Am Ende«,

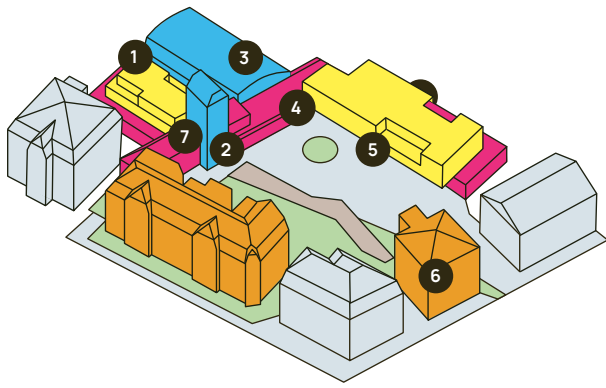
sagt Line Bernstein, »sollen alle Projekte die Möglichkeit haben, etwas umzusetzen.«

Der gedankliche Geburtsort dieser neuen Beteiligungskultur in Weimars Stadtentwicklung liegt nur knapp einen Kilometer von hier entfernt, in der westlichen Vorstadt. Durch ein offenes Tor betritt man dort einen weitläufigen Innenhof, an dessen Rand ein großer Ahorn wächst. Als Miniatur-oase steht eine mit Kräutern bepflanzte Badewanne hinter Bierbänken. Hier befand sich einst die Weimarer Feuerwache, deren Turm zum Trocknen der Wasserschläuche immer noch ein städtebauliches Merkzeichen ist. Ebenso wenig ist zu übersehen, dass hier heute wieder viel Neues entsteht. Ein Kran, zwei Radlader, ein Bagger und mehrere Schutthaufen, auf denen Kinder spielen, lassen daran keinen Zweifel. Die Alte Feuerwache Weimar ist seit Neuestem auch ein Symbol für ein zivilgesellschaftliches Wohnprojekt.

»Im historischen Bestand, der drei Wohnhäuser umfasst, und in zwei Neubauten sollen hier generationsübergreifende, barrierefreie und energieeffiziente bezahlbare Wohnungen entstehen«, erklärt Jonas Janssen. Er kocht gerade in einem Imbisswagen Wirsing Eintopf, das Mittagessen für ihn und die anderen ehrenamtlichen Bauhelfer. Sie alle gehören zum Verein »Alte Feuerwache Weimar e. V.«, der sich 2017 gegründet hat und Personen verschiedenster



Line Bernstein bringt mit der Initiative »Stadtverwicklung« zivilgesellschaftliche Projekte voran



Umnutzung der Alten Feuerwache Weimar

1. Wohnen Neubau
2. Atelierturm
3. Saal / Nebenräume
4. Café
5. Läden / Werkstätten
6. Wohnen Altbau
7. Büros

– wenn sie nicht gerade auf dem Herderplatz den »Markt der Möglichkeiten« moderiert.

»Uns verbindet der Wunsch, selbstbestimmt zu leben und das eigene Wohnquartier aktiv zu gestalten«, ist auf der Website des Vereins zu lesen. Dazu gehört, dass jede und jeder sich einbringt. Heute müssen Gipskartonplatten von den Decken eines Nebengebäudes entfernt werden, in dem Büroräume entstehen sollen.

Zuerst war auch das alles nur ein Traum, dann wurde daraus ein konkreter Plan, der sich mit einem größeren Bankkredit und vielen kleinen Direktkrediten sogar finanzieren ließ – auch wenn der Weg dahin nicht einfach war, weil viele Geldgeber noch nicht auf solche Projekte eingestellt sind. Inzwischen nimmt das Projekt gebaute Formen an. Die Fassaden der drei Wohnhäuser im historischen Bestand sind fertig, die Grundrisse wurden neu gesetzt, Fenster eingebaut. Nun beginnen die Innenausbauten. Mitte nächsten Jahres sollen die Ersten einzie-

Altersgruppen in einer Vision vereinigt: ein Quartiersprojekt für alle zu sein. Ein Zusammenleben mit Menschen, die gleichberechtigt sind, selbst wenn sie ganz verschiedene Interessen haben. Auch Line Bernstein wirkt hier normalerweise mit

hen. Wenn alles fertig ist, werden hier 70 Menschen in 23 Wohneinheiten wohnen. »Wir werden sozusagen unsere eigenen Vermieter sein«, sagt Jonas Janssen.

Ein bisschen alternatives Gewerbe rund um den entsiegelten Hof soll es auch geben, und in Kooperation mit dem Lebenshilfe-Werk sollen Arbeitsplätze für Menschen mit Beeinträchtigungen geschaffen werden. Man will das Viertel mit Kulturveranstaltungen beleben. Wo sich lange eine eingestürzte Turnhalle befand, entsteht ein barrierefreier Multifunktionssaal, der Vereinen und Initiativen für Kunst, Kultur, Soziales und Sport zur Verfügung gestellt wird.

Entstanden ist im Zuge dieses Bauprojektes, das Teil des Mietshäuser Syndikats ist (siehe Kasten), auch ein neues Ideengebäude: wie sich Stadt ganz anders gestalten ließe, nämlich konsequent partizipativ. »Uns interessiert nicht nur das The-

»Ich bin total glücklich, dass diese kleine Gemeinschaft entstanden ist«

ma Wohnen«, sagt Line Bernstein, »von Anfang an ging es uns auch um die Grundsatzfrage, wie man die demokratischen Strukturen für Stadtentwicklung diversifizieren kann, um noch mehr Menschen den Zugang zu ermöglichen.« So ist aus der Feuerwache als gemeinschaftlichem Wohnprojekt auch ein »Zentrum für urbane Beteiligungskultur« geworden, das jetzt Experimentierprojekte wie die »Stadtverwicklung« mit dem »Markt der Möglichkeiten« initiiert.

Zurück zum Herderplatz, wo inzwischen die Preise verziehen werden. Der »Beerenpark« hat seinen Wunschwert erreicht und kann jetzt nicht nur Pflanzen, Erde und Handschuhe anschaffen, sondern auch Gartengeräte und Rasenmäher. »Wenn das Projekt Früchte trägt, kommt gerne vorbei zum Naschen«, ruft einer der Initiatoren. Auch Stella Loewenberg vom »Grün Forum Weimar« darf zufrieden sein. Ihr Projekt hat den Mittelwert erreicht, sodass jetzt immerhin ein Ideenauftrag für die konkrete Ausgestaltung des Forums und eine Umfrage in der Bevölkerung möglich sind. Daneben geht es hier aber offenkundig auch um den psychologischen Faktor: »Jetzt haben wir eine größere Perspektive, und das ermutigt uns total.«

Die Stimmung nach der Preisvergabe ist fröhlich und gelöst. »Bleibt bei uns, kommt zu den Stammtischen. Wir werden weiter mit euch Ideen entwickeln«, ruft Line Bernstein und erntet Applaus. Sie schaut zufrieden aus. »Wir stehen noch am Anfang«, sagt sie, »gib uns mal noch drei Jahre.« Es brauche etwas Zeit, bis sichtbar wird, dass die Projekte auch umgesetzt werden. Was schon heute sehr deutlich geworden ist: Die Stadt gehört allen, und es gibt da jede Menge Kompetenz und Ideen, um sie noch lebenswerter zu machen.

IM LAND DER WOHNGENOSSEN

Zur Geschichte der deutschen Städte gehört seit über 120 Jahren auch das Bestreben, zusätzlich zu den Angeboten des freien Marktes ein gemeinwohlorientiertes Wohnungssegment aufzubauen. So werden im Bestand der rund 2.000 Wohnungsgenossenschaften in Deutschland heute circa 2,2 Millionen Wohnungen bewirtschaftet. Denn immer wieder hat sich gezeigt: Der freie Markt allein ist vielerorts nicht in der Lage, genügend bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. Auch gegenwärtig ist der Wohnungsmarkt gerade in Ballungszentren oft sehr angespannt. Deshalb sind in den letzten Jahren viele

jüngere zivilgesellschaftliche Initiativen auf den Plan getreten, um ohne den Zwang zur Renditeorientierung Miet- und Eigentumsmodelle zu realisieren – kleinere Genossenschaften, individuelle Hausprojekte, Bodenstiftungen und innovative Konstrukte wie das »Mietshäuser Syndikat«. Sie entwickeln sich dynamisch und können zusammen mit den traditionellen Genossenschaften wichtige Impulse für den Wohnungsmarkt erzeugen. Erfahren Sie mehr darüber, wie der Bund bestehende und neu gegründete Genossenschaften fördert:

bit.ly/bmwsb_genossenschaft

Wen die Hitze besonders belastet





»Was wäre, wenn ...?«, so der Name eines Pilotprojekts, das sich mit den Auswirkungen der Klimakrise auf Nürnberg befasst. »Die Stadt probt ihren Untergang«, heißt es in der Unterzeile, denn die Zukunft wird hier auf Grundlage von wissenschaftlich erarbeiteten Szenarien durchgespielt. Wie wird das Leben und Wirtschaften unter den Bedingungen der Klimakrise in 2035 aussehen, und was kann getan werden, um die Gesellschaft rechtzeitig zu stärken und die Stadt krisenfest zu machen? Die Initiative »UrbanLab« als Ausrichterin des Pilotprojekts veranstaltet dazu »Ideen-Jams«, bei denen sich interessierte Bürgerinnen und Bürger mit verschiedenen Aspekten und Herausforderungen der Nürnberger Klimazukunft befassen. Da geht es nicht nur um Hitze, Umwelt und Wasser, sondern auch um soziale Krisen. Kurz gesagt: Wenn kühle Plätze in der Stadt rar werden, können sich die Bessergestellten in ihre Gärten zurückziehen oder sogar die Stadt verlassen. Menschen mit geringem Einkommen, die meist in hochverdichteten und versiegelten Stadtteilen leben, haben diese Möglichkeit nicht – aber man könnte sie ihnen eröffnen. Als eine mögliche Anpassungsstrategie ist die Idee zu einem Projekt namens »GartenStiftend« entstanden, das in Hitzeperioden »Kühlebedürftige« und »Kühlegebende« zusammenbringen und so private Garten- und Terrassentüren für Menschen ohne eigenen Freiraum solidarisch öffnen möchte. Das ist eine von 14 konkreten Initiativen, die »Was wäre, wenn ...?« am Ende hervorbringen soll. Um schon heute ganz praktische Vorkehrungen für die erwartbaren Probleme von morgen zu treffen. L

Collage: Urban Lab (Nürnberg)

Digitalisierung kann Teilhabechancen älterer Menschen erhöhen und ländliche Regionen wieder zukunftsfähig machen. Vorausgesetzt, man vermittelt die nötigen Kompetenzen. Verschiedene *Smart-City-Projekte* machen es vor

Smarte Dörfer

Onlineüberweisungen tätigen, Einkäufe bestellen, mit dem Tablet ein telemedizinisches Angebot wahrnehmen oder per Videoconferencing an einer Diskussionsrunde teilnehmen. Das sind Lektionen, die kommen erst später dran. Saskia Bohr vom Projektbüro »Eifelkreis verbindet« sagt, worum es in der Sprechstunde der »digitalen Kümmerer« zuallererst ging: »Das begann in der Coronazeit, und da kamen viele ältere Menschen, die erst mal nur ganz simple Sachen wissen wollten: wie man ein Smartphone überhaupt benutzt, wie man da Bilder verschickt oder die Enkel per Videotelefonie erreicht.« Damals noch mit den gebührenden Sicherheitsvorkehrungen gegen eine Covid-19-Ansteckung boten sich zwei ehrenamtliche Helfer an, Seniorinnen und Senioren bei den digitalen Herausforderungen des neuen Pandemiealltags weiterzuhelfen. Längst ist die Idee solcher digitalen Schulungen auch im Post-Corona-Leben

Eine smarte Idee sind auch die vier »Gesundheitskioske« der IBA Thüringen, die in zentralen Ortslagen Gesundheitsberatung und telemedizinische Untersuchungen anbieten

fest verankert und wurde von vielen anderen Gemeinden aufgegriffen. Man könnte auch sagen: Da ist etwas viral gegangen im Eifelkreis Bitburg-Prüm.

Ein solches Empowerment zahlt ein auf die Philosophie einer gerechten Smart City, wonach die Digitalisierung gerade für ländliche Regionen ein erhebliches Potenzial zur Revitalisierung ihrer Daseinsvorsorge birgt. Gut eingebunden in digita-

le Netzwerke und Services können die Menschen auch angesichts großer Distanzen und mangelnder lokaler Infrastruktur wieder verstärkt am Leben teilhaben – wobei sie zugleich auf die Vorzüge des ruhigen und bezahlbaren Landlebens nicht verzichten müssen. Es geht da also um große Pläne und eine längere Reise in die Zukunft, die nach Erfahrung von Saskia Bohr am besten mit kleinen Schritten beginnt: »Wichtig ist der niedrigschwellige Zugang und persönliche Austausch. Einfach ein Ort, wo man zusammen einen Kaffee trinken und seine digitalen Fragen loswerden kann.« So entwickelt sich dann mehr. Das Interesse vieler älterer Menschen, die Möglichkeiten des Internets für sich zu nutzen, sei ohnehin längst geweckt. Es brauche nur passende Angebote.

Förderprogramme

Was aber heißt in diesem Zusammenhang »passend«? Bei all dem wachgerüttelten Interesse gibt es nach wie vor auch Berührungsängste. Für ältere Jahrgänge ist die digitale Welt immer noch eine neue Sphäre, in der es von englischen Begriffen nur so wimmelt und viele sich abgehängt fühlen. Im Modellprojekt Amt Süderbrarup in Schleswig-Holstein hat man daher gute Erfahrungen mit Dozentinnen und Dozenten gemacht, die selbst nicht mehr die Jüngsten sind. Hier waren es zuerst zwei ehemalige Lehrer, die unter dem Dach der Amtsvolkshochschule und des Digitalzentrums (DiZ) solche Schulungen anboten. Inzwischen gibt es eine lange Wartequeue. Die Vorteile der digitalen Ertüchtigung sind für viele ältere Menschen in Amt Süderbrarup offenkundig, auch weil sie dadurch ganz real wieder beweglicher werden. Zum Modellprojekt gehört hier auch ein »Smartes DorfSHUTTLE«: Kleinbusse, die als Mobility-on-demand-Dienst gebucht werden können und ergänzend zum linearen ÖPNV auch fernere Landstriche wieder erreichbar machen. Schon kurz nach ihrer Einführung wurden sie von Menschen aller Altersklassen gerne im Alltag genutzt.

Im Landkreis Kusel in Rheinland-Pfalz hat der digitale Aufbruch den Namen »LAND L(i)EBEN – digital.gemeinsam.vorOrt«, und dort geht man damit gezielt auch in Senioren-

heimen. Den ersten Anstoß dazu gab, wie Kira Keßler von der Kreisverwaltung berichtet, ebenfalls Corona: »Die Menschen in Wohneinrichtungen waren zu Pandemiezeiten regelrecht abgeschottet, deswegen haben wir uns damals überlegt, die wenigen verbliebenen Kulturveranstaltungen aus dem Landkreis dort per Livestream oder Videomitschnitt zu präsentieren.«

Theateraufführungen, Gospelkonzerte, Gottesdienste und sogar eine Bergwerkführung brachten etwas Abwechslung und Freude in den tristen Pandemiealltag. Und vielen älteren Menschen trat klar vor Augen, was ihnen über so ein Tablet oder Laptop auch im normalen Alltag alles zugänglich werden könnte. Viele wollten mehr erfahren. Inzwischen gibt es auch im Kreis Kusel mehrere »Digitallotsen«, die die nötigen Kompetenzen vermitteln.

Überhaupt sind da viele neue Ideen entstanden. In einem Dorfgemeinschaftshaus soll eine Anlaufstelle eingerichtet werden, wo die Menschen per Videocall einen Arzt konsultieren können.

Alte Menschen in Wohneinrichtungen lesen jungen Menschen in Kitas regelmäßig via Zoom etwas vor. Und über Liegeergometer mit großen Monitoren können sie landschaftlich schöne Radwege aus dem Landkreis Kusel nachradeln. Durch Digitalisierung fit für die Zukunft, diese Idee nimmt hier sehr konkrete Formen an. L



Entwurf: PASEL-K Architects, Berlin. Fotos: Thomas Müller, IBA Thüringen

Mehr Informationen über die vom Bund geförderten Modellprojekte Smart Cities: www.smart-city-dialog.de



Die weibliche Perspektive

Veranstaltung

Die Interessen von Frauen konsequent in einer gendersensiblen Stadtplanung berücksichtigen – um diese Anforderung ging es bei der Veranstaltung »*Feministische Stadtentwicklungspolitik*« im Rahmen des Bundeskongresses der Nationalen Stadtentwicklungspolitik 2023

»Schreib mir, wenn du zu Hause angekommen bist.« Dass dieser Satz immer noch regelmäßig fällt, wenn sich zwei Menschen abends voneinander verabschieden, sagt auch viel über das Leben in unseren Städten aus. Und es geht da nicht allein um Sicherheitsaspekte und Angsträume, die für die Bürgerinnen in Unterführungen oder auf schlecht beleuchteten Grünstreifen entstanden sind. Das Problem zeigt sich in vielen Dimensionen. Entstehen diese Probleme durch Fehler einer vermeintlich männlich dominierten Stadtplanung?

Aus unterschiedlichen Perspektiven gingen Referentinnen der zentralen Frage nach: »Wie kommen wir zu einer gerechten, empathischen und inklusiven Planung?« Brigitte Wotha, Professorin für Raumplanung, zeigte zunächst einige historische Wurzeln der Debatte auf. So hat »Mann« selbst bei progressiven Projekten wie den Frankfurter Siedlungen der 1920er-Jahre die Frauenplanerinnen stark auf ihre Rolle als Erbringerinnen von Care-Arbeit reduziert und sie geradezu in die Frankfurter Kü-

che verbannt – die allerdings von einer Frau, Margarete Schütte-Lihotzky, entworfen worden ist. Auch im umgebenen Freiraum kamen weibliche Perspektiven weniger zum Tragen. Das ist bald 100 Jahre her, und immer noch liegt viel im Argen. Nach Meinung der Stadtforscherin Mary Dellenbaugh-Losse ist auch das heutige Planungsverständnis noch auf das traditionelle Rollenmodell ausgelegt: »Mann fährt mit dem Auto zur Arbeitsstelle, Frau bleibt zu Hause und passt dort auf die Kinder auf – beziehungsweise bringt sie auf miserablen Radwegen zur Kita oder Schule.«

Auch im Kleinen hapert es an allen Ecken: Für Männer sind öffentliche Toiletten oft frei zugängliche Pissoirs, für Frauen sind es Orte, die zu betreten nicht nur Geld, sondern auch Überwindung kostet. Der Bewegungsdrang von Jungs wird mit Sportanlagen bedacht. Und die Bedürfnisse von Mädchen? Gleichwohl gibt es auch gute Entwicklungen zu verzeichnen. Eine Unterführung kann man so bauen, dass sie von außen gut einsehbar ist – wie Dellen-

baugh-Losse anhand eines schwedischen Beispiels aufzeigte. Als lohnend empfahl sie auch den Blick nach Wien, der Stadt, die schon seit gut 20 Jahren als Vorreiterin gendersensibler Planung gilt. Besonders im neuen Stadtteil Seestadt Aspern, wo zum Beispiel gut beleuchtete Straßen das Sicherheitsempfinden verbessern und ausreichend breite Gehwege auch mit Kinderwagen bequem zu nutzen sind.

In der anschließenden Podiumsdiskussion der beiden Referentinnen mit Anne Keßler vom BMWSB war deshalb auch Lena Rücker von der Wiener Stadtbauverwaltung zugeschaltet. Sie gab der Runde einen Einblick in aktuelle Debatten, und es zeigte sich: Auch in Österreichs Hauptstadt ist noch nicht alles perfekt gendergerecht und inklusiv. Derzeit wird etwa diskutiert, ob die »15-Minuten-Stadt« überhaupt der geeignete Begriff für eine städtische Struktur ist, in der sich Erwerbs-, Familien- und Versorgungsarbeit besser vereinbaren lassen. Es sei, so der Einwand, doch sehr unterschiedlich, wie weit jede und jeder in einer Viertelstunde kommt. Mit der »Stadt der kurzen Wege« stünde ein inklusiverer Begriff zur Verfügung.

Dass es noch mehr Perspektiven zu berücksichtigen gibt, war auch das Hauptanliegen von zwei jungen Referentinnen, beide Mitglieder der »Urbanen Liga«. Laura Awad und Miriam Kreuzer forderten, feministische Stadtplanung auch intersektional zu denken, und öffneten das Thema für eine weitere Perspektive. Es gelte wahrzunehmen, dass die Überschneidung von Merkmalen wie Geschlecht, Ethnie, sozialer Status oder Gesundheitszustand in der Stadt zu noch stärkeren Benachteiligungen führen kann und dass davon insbesondere Care-Arbeit-Leistende häufig betroffen sind. Das Ziel, so die Forderung der beiden Referentinnen, müsse eine solidarische Stadt der sozialen und ökologischen Fürsorge sein.

Die Resonanz auf die Veranstaltung war groß – wobei fast 80 Prozent der 150 Versammelten Frauen waren. Die Debatte ist eröffnet. L

Gesehen werden

Global lokal

Im Township Kayamandi in Südafrika ist mit einem öffentlichen Fitness-parcours ein Ort entstanden, an dem sich auch Frauen gerne aufhalten und sicher fühlen können



Die Herausforderung gender-transformativer Stadtplanung stellt sich weltweit. Stellenbosch in Südafrika und Karlsruhe tauschen sich darüber in den »Dialogues for Urban Change« aus. Dabei geht es häufig um soziale Kontrolle im Stadtraum

Von Eva Kienholz
Fotos: Chris de Beer-Procter

Einst war der Thubelitsha Park eine Brache. Das Areal liegt außerhalb der Universitätsstadt Stellenbosch im Township Kayamandi, wo etwa 50.000 Menschen in Wellblechhütten oder einfachen Häusern leben und es gewohnt sind, sich mit der unzureichenden Infrastruktur zu arrangieren. Besonders für Frauen war der öffentliche Raum lange ein Angstraum, in dem es für sie wenig Aufenthaltsorte gab und wo die Männer dominierten. Heute stehen im frisch hergerichteten Park Fitnessgeräte, die bei beiden Geschlechtern beliebt sind. Aus der einstigen Brache ist ein gut besuchter Ort geworden, an dem sich alle sicher fühlen können. Es ist eine ganz neue Erfahrung für diesen Teil der Stadt, ein Wunder ist es nicht. Denn die Community von Kayamandi ist in die Planung des Projekts Thubelitsha Park konsequent eingebunden und nach ihren Bedürfnissen gefragt worden – gerade auch die Frauen.

Das Problem stellt sich keineswegs nur in südafrikanischen Townships, sondern weltweit: Städte sind lange hauptsächlich für andere Bedarfe als die von Frauen gebaut worden. Viele Straßen, zu wenige Gehwege und Orte für Begegnung, mangelhafte Sicherheit für vulnerable Gruppen – die Folgen kann man bis heute im Stadtraum beobachten. In einer gendergerechten Stadt hingegen sollen öffentliche Räume so gestaltet werden, dass die Bedürfnisse aller berücksichtigt werden.

»Gendergerechte Stadtentwicklung funktioniert nicht ohne Öffentlichkeitsbeteiligung.« Diesen Satz wiederholt Myra Francis mantraartig. Francis ist Projektleiterin im südafrikanischen Stellenbosch, sie kümmert sich um die Neugestaltung von öffentlichen Plätzen. »Wenn du einen öffentlichen Raum verändern möchtest, kannst du dir nicht einfach in deinem Büro ein Konzept überlegen.« Daher empfiehlt Francis Kommunen, regelmäßig zu öffentli-



Foto: Stefan Arno Möhl

Netzwerktreffen mit Vertreterinnen und Vertretern von Kommunen aus Südafrika und Deutschland

chen Treffen einzuladen, bei denen Anwohnerinnen und Anwohner in die Planung mit einsteigen. Im Falle des Projekts Thubelitsha Park waren es nicht nur Fitnessgeräte, die viele sich wünschten, es sollten auch mehr Bäume gepflanzt und Zäune mit Überwachungskameras errichtet werden. Darüber hinaus engagieren sich viele Bürgerinnen und Bürger, wie Francis berichtet, auch als »Park Activation Coordinators«. Diese sollen städtische Räume durch strukturierte Freizeitangebote mit Leben füllen. Auch Nachbarschaftswachen werden vor Ort organisiert.

Um mit der gendersensiblen Stadtplanung gut voranzukommen, tauscht sich Stellenbosch im internationalen Programm »Dialogues for Urban Change« mit anderen Städten aus. Unter anderem mit Karlsruhe, wo gegenwärtig der Umbau der Innenstadt voranschreitet – flankiert durch das

vom BMWSB im Rahmen des Programms »Zukunfts fähige Innenstädte und Zentren« geförderte Projekt »City-Transformation«. Es hat sich gezeigt, dass beide Seiten viel voneinander lernen können. Denn hier wie dort ist vor allem die bessere soziale

»Nur wenn die Machtungleichheit in den Köpfen verringert wird, kann sie auch aus dem Stadtbild verschwinden«

Kontrolle im öffentlichen Raum als Schlüsselaspekt erkannt worden. Andrea Hammer, Stadtentwicklerin aus Karlsruhe, erklärt: »Wenn mehr Menschen wieder in der Innenstadt leben, anstatt dort nur tagsüber einzukaufen oder zu arbeiten, dann trägt dies auch zur Sicherheit bei.«

Gemeinsam mit ihrer Kollegin Sigrun Hüger vom Karlsruher Stadtplanungsamt hat Hammer im Frühjahr 2023 Kayamandi besucht. »Es geht auch darum«, erklärt Hüger, »Menschen darin zu stärken, öffentliche Flächen als ihre eigenen anzusehen, um Vandalismus zu verringern und das Gemeinschaftsgefühl zu vergrößern.« Im Thubelitsha Park ist das mithilfe der beliebten Fitnessgeräte gelungen.



Zu Fragen urbaner Sicherheit weiß auch Thomas Hellmann eine Menge zu berichten. Er ist technischer Berater des Gewaltpräventionsprogramms »VCP«, das die GIZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Südafrika betreut. »Wenn wir von gendergerechter Stadtplanung sprechen, dann geht es für uns auch immer darum, genderbasierte Gewalt zu verringern.« Aktuell sei das Sicherheitsgefühl für Frauen in Südafrika sehr gering – was auch noch auf die Stadtplanung zur Zeit der Apartheid zurückgehe. Bis heute lebt der Großteil der schwarzen Bevölkerung in Townships oder informellen Siedlungen, in denen oft die Basics fehlen – neben sicheren öffentlichen Plätzen mit Aufenthaltsqualität etwa auch der Zugang zu Wasser oder ein öffentliches Transportsystem. Wobei gerade viele Frauen für ihre Alltagsmobilität auf ein solches angewiesen wären. Mit Ansätzen gendergerechter Stadtplanung möchte Südafrika nun entschieden neue Wege gehen: »Bei neuen Projekten achten wir darauf, dass die Belange und Bedürfnisse insbesondere von Frauen, Kindern und anderen vulnerablen Gruppen der Gesellschaft in die Planung miteinbezogen werden«, sagt Hellmann.

Um die Risikofaktoren und den gesellschaftlichen Kontext zu verstehen, sammeln er und sein Team Daten, etwa durch eine »Baseline-Studie«. Diese hat gezeigt, dass genderbasierte Gewalt oft im privaten Umfeld passiert. Deshalb hat die GIZ das Projekt »Stepping Stones and Creating Futures« ins Leben gerufen, das junge Männer und Frauen für dieses Thema sensibilisieren soll: Hier debattieren sie über Geschlechternormen und Beziehungskonflikte, aber auch über Strategien zur Sicherung des Lebensunterhalts. Zur Förderung einer gendergerechten Stadtplanung braucht es einen holistischen Ansatz: Nur wenn die Machtungleichheit in den Köpfen verringert wird, kann sie auch im Stadtbild abgebaut werden.

So viel zum gesellschaftlichen Hintergrund. Als Anregung nach Deutschland mitgenommen haben

die Karlsruher Stadtplanerinnen Andrea Hammer und Sigrun Hüger aus Südafrika auch den konsequent niedrigschwelligen partizipativen Ansatz, der in Stellenbosch für diese Planungen gewählt worden ist. Wie gut das ankommt, zeigen die Community-Treffen in Kayamandi: »An dem letzten haben über 300 Leute teilgenommen, mehrheitlich engagierte Frauen«, so Myra Francis. Auch sie weiß diesen Austausch sehr zu schätzen. »Wir haben voneinander gelernt, dass wir in allem, was wir tun, sehr transparent sein müssen.«

Für den Karlsruher Passagehof, der sich im Sommer 2022 in ein verkehrsberuhigtes Reallabor namens »Platz für mehr« verwandelt hat, wurde unter anderem die Zufriedenheit von Passantinnen, Anwohnern und Gewerbetreibenden evaluiert. Jüngst hat der Karlsruher Gemeinderat – auch auf Basis der Evaluation – einer Verstetigung des Reallabors zugestimmt. Inspirieren lassen sich die Karlsruherinnen aber nicht nur von den Erfahrungen in Südafrika, sondern auch von der europäischen Planungskapitale Kopenhagen: Das Konzept für den vielfältig nutzbaren öffentlichen Raum kommt aus Dänemark vom Büro Jan Gehl, der das Ausprobieren dort und weltweit zur Planungsmethode gemacht hat. **L**

Auch gut für die soziale Fitness: Hier ist jetzt immer viel Leben und Treiben

WELTWEITER AUSTAUSCH

Die Dialogues for Urban Change sind ein Projekt im Rahmen der Internationalen Stadtentwicklungspolitik (ISP) des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB). Diese verfolgt das Ziel, globale Herausforderungen im urbanen Raum anzugehen und Erfahrungen sowie bewährte Praktiken zwischen Deutschland und ausgewählten Partnerländern auszutauschen. Die strategischen Ziele der ISP sind, erstens, die Erfahrungen der deutschen Stadtentwicklungspolitik und -praxis internationalen Partnern zugänglich zu machen, zweitens, internationale innovative Lösungen in die deutsche Stadtentwicklungspraxis einzubringen und, drittens, gemeinsam mit internationalen Partnern nachhaltige Stadtentwicklung auf die internationale Agenda zu bringen. Im Rahmen der stadtentwicklungspolitischen Aktivitäten der G7 werden u.a. die Themen sozialer Zusammenhalt, Wohnen und Klimaschutz bereits bearbeitet.





Protokoll: Eva Kienholz
Fotos: endboss

Adelsheim hat etwas mehr als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner, eine 1.200-jährige Geschichte – und einen, zum Teil, in die Jahre gekommenen Ortskern, durch den bisher eine Bundesstraße führte, über die am Tag rund 14.000 Autos gebrettert sind. Im letzten Jahr wurde nun eine Umgehungsstraße fertiggestellt, und die Bundesstraße befand sich, während unseres Projektzeitraumes, in einem Umwidmungsprozess. Diese beiden Dinge könnten zwar für eine Verkehrsberuhigung des Ortskerns sorgen – sie schüren aber auch die Ängste der Adelsheimerinnen und Adelsheimer vor einem Aussterben des Ortskerns.

Weil wir nichts von Standardbeteiligung halten und es zudem einen recht progressiven Bürgermeister in Adelsheim gibt, haben wir mit ihm gemeinsam einen Plan ausgeheckt, wie wir uns den Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohnern und ihren Problemen und Ideen am besten nähern könnten.

Entstanden ist dabei das Prinzip der verdeckten Entwicklung. Bevor wir in offizieller Mission in Adelsheim aufgetaucht sind, haben wir uns unterschieden, erst mal Praktika an verschiedenen Knotenpunkten der Stadt zu machen. Eine Kollegin hat eine Woche lang im einzigen Eiscafé der Stadt

gekellnert, eine andere in der Verwaltung gearbeitet, ein Kollege hat beim Aufbau einer großen Kulturveranstaltung geholfen und ich selbst eine Woche beim Bademeister im Freibad. Die Praktikumsorte haben wir gemeinsam mit dem Bürgermeister rausgesucht, und er hat uns auch vier Gastfamilien organisiert, bei denen wir in dieser Zeit wohnen durften. Die Familien und die Praktikumsstellen waren natürlich eingeweiht und sind so auch direkt zu unseren ersten Komplizinnen und Komplizen in der Stadt geworden.

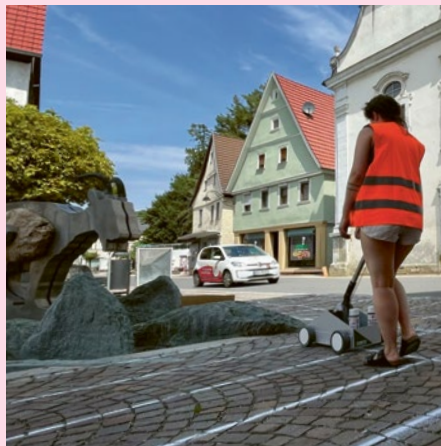
Durch diese investigative Herangehensweise in der sozialräumlichen Analyse war es uns möglich, den Menschen erst mal in ihrem Alltag zu begegnen und als teilnehmende Beobachterinnen und Beobachter ohne

Wenn ein Büro den Auftrag bekommt, einen Masterplan für die *Transformation der Adelsheimer Innenstadt* zu entwickeln, kann es dies vom Schreibtisch aus versuchen. Oder sich einen Sommer lang tief in die Kleinstadt im Neckar-Odenwald-Kreis hineinwagen und Barrieren abbauen. Ivana Rohr von endboss hat das Projekt geleitet. Ein Erfahrungsbericht

Verdeckte Entwicklung



offensichtliche Agenda und Mandat in der Stadt zu agieren. Am Ende unserer Praktikumswoche wurden wir beim jährlichen Volksfest vom Bürgermeister »enttarnt«, offiziell vorgestellt und mit unserer weiteren Mission angekündigt. In den folgenden Tagen haben wir dann einige qualitative Interviews mit Schlüsselakteurinnen und Schlüsselakteuren geführt, die wir bis dahin identifiziert hatten, und mit ihnen gemeinsam ein Programm für die anschließende Aktions- und Ideenfindungswoche entwickelt. Da sind wir mit unserem Doppeldeckerbus angereist und haben unter dem Titel »Was-Wäre-Wenn« gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern prototypische Lösungen der Dinge inszeniert und improvisiert, die ihrer Meinung nach in der Stadt fehlen – zum Beispiel ein Schulbus, Mutter-Kind-Treffs, Lesungen, Gesprächs- und Austauschformate für Jugendliche oder auch ein diverseres Gastronomieangebot. Wir konnten drei Personen dafür gewinnen, mit uns vor dem Bus ein Pop-up-Restaurant zu eröffnen und je einen Abend lang unterschiedliche Spezialitäten anzubieten: zum Beispiel Trüffelpasta aus lokalen Trüffeln, osteuropäische Teigtaschen und selbst gejagtes Wildgulasch mit handgeschabten Spätzle. So wurde aus dem zentralen Parkplatz eine charmant improvisierte Außengastronomie und ein Ort der Begegnung und des sozialen Miteinanders. Neben den interaktiven Formaten haben wir während der Aktionswoche außerdem das gesamte Transformationsgebiet in einem performativen Akt mit einem Karomuster versehen, um es so zu einem Skizzenpapier werden zu lassen. Das machte es für viele Leute überhaupt erst mal greifbar und war auch wieder ein Anlass für viele Gespräche. Etwa auch über die Frage, wie der öffentliche Raum für junge und alte Adelsheimer besser zugänglich wird, die sich derzeit auf engen Bürgersteigen durch die Altstadt drücken müssen.



Mustergültig: Das Projekt Adelsheim wird gefördert im Rahmen des Programms »Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren«

Wenn wir mit Menschen in Sachen Stadtentwicklung zusammenarbeiten, ist es uns ein zentrales Anliegen, ihnen einen Zugang zu einer selbst organisierten und vor allem selbstwirksamen Gestaltung zu ermöglichen. Gerade in ländlicheren Strukturen ist das Prinzip des »Selbstmachens« – und eigentlich auch der gemeinschaftlichen Problemlösung – oft sowieso schon vorhanden. Die Leute sind in Vereinen organisiert oder unterstützen sich nachbarschaftlich, ohne sich dafür einen fancy Begriff auszudenken (wie DIY oder Kokreation). Stadtentwicklung ist für die Leute etwas derart Abstraktes, dass die meisten erst mal nicht auf die Idee kommen würden, sich da mit ihren Fähigkeiten gestaltend einbringen zu können. Das liegt auch an hausgemachten Fehleinschätzungen unserer Branche – nicht an den Leuten, für die da so schlecht und kurzsichtig geplant wurde, dass jetzt »plötzlich« ganze Innenstädte »gerettet« werden müssen. Das macht es nicht gerade einfacher, die Menschen für Stadtentwicklung zu begeistern.

Dabei sehen wir es als unsere Aufgabe an, Menschen zu aktivieren, indem wir sie inspirieren. Das geht nicht mit Klebezetteln, Methodenköffern und den immer gleichen Workshop-Formaten. Die Leute haben das satt, und ich kann das sehr gut verstehen.

Wir haben unsere Ergebnisse aus unserer insgesamt viermonatigen Arbeit in Adelsheim am Ende nicht in ein PDF für die Fachplanung zusammengefasst, sondern redaktionell aufbereitet und zu einem Handbuch gemacht, das tatsächlich für die gesamte Bürgerschaft im weiteren Prozess nutz-



bar ist in den kommenden zwei Jahren, in denen der weitere Prozess noch läuft. Dabei war es uns wichtig, dass unsere Schlussfolgerungen nicht nur nachvollziehbar, sondern direkt anschlussfähig sind – auch für diejenigen, die wir nicht unmittelbar erreichen konnten. Deshalb ist es besonders schön, dass wir den Bürgermeister und den Gemeinderat davon überzeugen konnten, von diesem Handbuch für jeden Haushalt der Stadt ein Exemplar zu drucken und direkt frei Haus in den Briefkasten zu liefern. Im Nachgang haben wir erfahren, dass wir es mit unserer Aktion und dem Kreideraster sogar in die Eröffnungsbüttenrede des – zu Beginn wirklich nicht unkritischen – Fastnachtsvereins geschafft haben. Darauf sind wir richtig stolz, weil das im Zweifelsfall mehr bedeutet als jede Publikation in irgendeiner Fachzeitschrift.



BARRIEREFREIHEIT IM BESTAND

In vielen städtebaulichen Maßnahmen werden heute Barrieren abgebaut. Das ist nicht nur im öffentlichen Raum wichtig, sondern ebenso im Gebäudebestand, um älteren Menschen und Personen mit Mobilitätseinschränkungen eine selbstständige Lebensführung zu erleichtern. Die Bundesregierung unterstützt dieses Anliegen mit gezielten Investitionsanreizen. Mehr Informationen über das KfW-Zuschussprogramm »Altersgerecht umbauen«:

bit.ly/foerderung_umbau_barrierefrei

Im Fokus

Ein breites Spektrum an Informationen und Forschungsergebnissen zu unserem aktuellen Fokusthema

#StadtDerVielfalt

finden Sie in unserem kontinuierlich wachsenden Online-Themendossier:

- Berichte, Statements, Interviews
- Förderprogramme und Projekte
- aktuelle Lösungsansätze
- weiterführende Ressourcen
- u. v. m.



Zum Online-Themendossier
#StadtDerVielfalt



[www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/
NSPWeb/DE/Themen/Fokusthemen/
StadtDerVielfalt/stadtdervielfalt_node.html](http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSPWeb/DE/Themen/Fokusthemen/StadtDerVielfalt/stadtdervielfalt_node.html)

stadt:pilot

Magazin zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Herausgeber

Bundesministerium für Wohnen,
Stadtentwicklung und Bauwesen
www.bmwsb.bund.de

Redaktion

Katharina Hackenberg und Stephan Willinger
(verantwortlich/Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung), Oliver Geyer /
DUMMY Verlag (redaktionelle Koordination)

Umsetzung

DUMMY Verlag GmbH, Kirchstr. 1, 10557 Berlin

Autorinnen & Autoren

Carmen Fiedler, Oliver Geyer, Eva Kienholz,
Chiara Swenson

Art-Direktion und Design Sabine Kornbrust

Bildredaktion Trine Skraastad

Bildbearbeitung Alex Küper

Korrektur Florian Kohl, Tina Hohl

Stand Dezember 2023

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn.
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bestellungen & kostenloses Abo

nsp-publikationen@bbr.bund.de

Bildnachweise

Coverfoto: Melissa Schriek S. 3 Iwan Baan S. 4 Melissa Schriek S. 6 Piotr Banczerowski S. 7 BMWWSB/Henning Schacht S. 8-11 Leon Joshua Dreischulte S. 11 (oben) Kais Harrabi S. 12-13 BMWWSB/Henning Schacht S. 14 Joe Pohl S. 15 Adrian Schulz / © KRAUSGRUPPE S. 16-17 Pia Salzer S. 18-20 Leon Joshua Dreischulte S. 22-23 Urban Lab (Nürnberg) S. 24 Entwurf: PASEL-K Architects, Berlin, Fotos: Thomas Müller, IBA Thüringen S. 25 Pia Salzer S. 26-28 Chris de Beer-Procter S. 27 (oben) Stefan Arno Möhl S. 29-30 endboss

Nachdruck & Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit
genauer Quellenangabe gestattet.
Bitte schicken Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Berlin 2023

**»Es sind nicht
unsere Unterschiede,
die uns trennen.
Es ist unsere Unfähigkeit,
diese Unterschiede
zu erkennen,
zu akzeptieren und
zu feiern.«**

Audre Lorde